DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 111. Samstag, 12. November 2022 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28 · BIC: QNTODEB2XXX

Herausgegeben von Anselm Lenz, Sophia-Maria Antonulas und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 111. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.



THANK YOU, USA?!

Nach der Sprengung unserer Heizungsversorgungsleitungen in der Ostsee schrieb der frühere polnische Außenminister Radoslaw Sikorski die Worte: »Danke, USA.« Die faktisch bankrotten Angloamerikaner wollen ihr dreckiges Frackinggas zum siebenfachen Preis in Europa verkaufen.

Nato-Experte Rainer Rupp sieht das Ende des Imperiums gekommen: Seiten 12/13. Titelillustration: DW nach Jasper Johns »Flag« (1994).

REALITÄTS-VERLEUGNUNG UND KRIEGS-PROPAGANDA

von Professor Klaus-Jürgen Bruder, Conny Stahmer-Weinandy, Jürgen Günther

Dass die Boykottmaßnahmen gegen Russland sich gegen die Interessen der Bevölkerung richten, sieht jeder an den rasant steigenden Lebenshaltungskosten, den Drohungen mit Einschränkungen der Strom- und Energieversorgung, den Einschränkungen im Zugverkehr und so weiter.

Das sieht jeder? Nur der, der es sehen will! Die sichtbaren Einschränkungen, Bedrohungen und für nicht wenige bereits real gewordenen ihre Existenz bedrohenden Verluste treffen »nur« die »unteren und mittleren Einkommensempfänger« – aber diese stellen die Mehrheit der Bevölkerung. Robert Habeck (der bündnisgrüne Bundeswirtschaftsminister; red.) »muss nicht in den Krieg«, wie er bei Maischberger frech einräumte, er »muss nicht sterben!«. Er muss auch nicht frieren und er muss nicht zur Tafel!

Die Mehrheit der Bevölkerung dagegen sieht sich einer anderen Situation gegenüber. Sie will keinen Krieg, vor allem keine Verlängerung des Krieges. Schon wegen der Einschränkungen nicht, die ihr zugemutet werden durch die Maßnahmen, die die Regierung als »Reaktion« auf die vorausgegangene Aktion des von Russland vorgeblich begonnenen Krieges erklärt. Diese Erklärung setzt allerdings die Verleugnung der Vorbereitung zum Krieg voraus.

Weiterlesen auf Seite 9

POLITISCHER GEFANGENER

Er brachte im August 2020 Millionen Demokraten nach Berlin und erfand das überwachungsfreie »Freedom Phone«. Am 29. Juni 2022 holte das Terrorregime den Bürgerrechtler Michael Ballweg ab und sperrte ihn in Stammheim ein. Ein Märtyrer ist entstanden!

Die Demokratiebewegung wächst. Seiten 6, 7 und 14

NICHTOHNEUNS.DE

Echter Faktenchecker

Der Preis der Republik geht an Markus Fiedler. | LAUDATIO von Anselm Lenz



Er ist Pianist, Biologielehrer und – Faktenchecker. Der Journalist und Blogger Markus Fiedler hat unschätzbare Aufklärungsarbeit geleistet.

Bereits mit seinem Blog »Neues aus Wikihausen« wurde er gemeinsam mit dem Journalisten Dirk Pohlmann (Free21.org) einem breiteren Publikum bekannt. Wie bei so vielen Errungenschaften der zurückliegenden Jahrzehnte zunächst nur im Internet. Fiedler deckte auf, wie aus dem *Online*-Nachschlagewerk eine politisch vermachtete Struktur von Konzernen und Parteien wurde, wenn es etwa um die Biographien von lebenden Personen geht. Die meisten naturwissenschaftlichen Artikel gelten aber weiterhin als zuverlässig.

Der studierte und spezialisierte Biologe Markus Fiedler leistete insbesondere unter Corona eine wissenschaftliche Aufklärungsarbeit, die sogar im Weltmaßstab nur zu unterschätzen ist. Ein Glück für diese Wochenzeitung, in dieser Situation mit diesem Fachjournalisten zusammenarbeiten zu können, wovon bis dato zwei Jahrgänge dieser Wochenzeitung künden. Fiedler ist bei der Anerkennung für seinen Anteil an der Aufdeckung des genozidhaften Spritzenregimes deutschlandweit nicht zu kurz gekommen und hat Leben gerettet. Dennoch: Ein leidiger Job, der Präzision und Maß erfordert. Der gewerkschaftlich orientierte »Ur-Sozialdemokrat« Fiedler hat beides.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an Markus Fiedler. Die Auszeichnung wird seit dem 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon.



Hendrik Sodenkamp (l.) und Anselm Lenz (r.) sind Journalisten und Verleger in Deutschland.

Liebe Leser,

für den Frieden lohnt es sich zu streiten, am besten wohl ohne Armeen. Ebenso für die Aufklärung eines – wenn nicht mittlerweile DES größten industriell organisierten Verbrechens der Menschheitsgeschichte. Wir tun beides seit 17. April 2020, dem Erscheinungstag der ersten Ausgabe der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand.

Wir werden nicht weichen.
Ich werde nicht weichen.
Bis zum umfassenden Sieg,

Ihr Anselm Lenz

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz.We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Philosemiten?

EINWURF *von Werner Köhne*

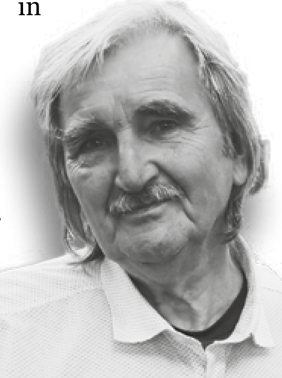
Nun ist also auch diese Hürde genommen. Die Generalstaatsanwaltschaft in Kiel wird im März kommenden Jahres Anklage gegen Professor Doktor Sucharit Bhakdi erheben – wegen Volksverhetzung.

Als Trumpfkarte der Anklage werden dem engagierten Mikrobiologen vor allem seine »den Holocaust verharmlosenden Äußerungen« im Zusammenhang mit seiner Kritik an der israelischen Impfpolitik vorgehalten. Für alle, die dieser auf Wortklauberei fußenden Justizposse Verständnis entgegenbringen, noch einmal dies zur Erinnerung: Antisemitismus wird entgegen vielfachen Beteuerungen in Deutschland zuweilen auch von denen geübt, die sich aus einem unerträglichen Moralismus heraus als Philosemiten verstehen. In diesem Zusammenhang verweise ich auf die jüdische Schriftstellerin Barbara Honigmann, die notierte, dass es den Begriff Antisemitismus überall auf der Welt gebe, den des Philosemitismus aber nur in Deutschland. Soll da am deutschen Wesen einmal mehr die Welt genesen?

Man mag all das noch hinnehmen als deutschen Sonderweg der Gewissenshygiene. Gegen diese Annahme der Gewissenserforschung spricht indes der jüdische Literaturnobelpreisträger Imre Kertesz, der bei einer Lesung in Berlin tiefste Empörung hervorrief, als er von dem Glück vorlas, das er als 15-jähriger Junge in Buchenwald angesichts eines feuerrot aufgehenden Mondes empfand. Erwähnt sei hier auch der jüdische Schriftsteller George A. Goldschmidt, der nach ausgiebigen Freud-Studien die Ansicht vertrat, dass Juden von den meisten Deutschen nur als Opfer anerkannt würden, aber nicht als Menschen.

Und zuletzt erinnere ich an jene Rede des Bundestagspräsidenten Phillip Jenninger im Jahr 1988, in welcher er in rhetorischer Eindringlichkeit das Gefühlsleben der meisten Deutschen aus der Hitlerzeit offenlegte. Wonach dann vor allem die Grünen erstmalig ihre doppelbödige Empörungsmoral ausagierten, indem sie den Plenarsaal verließen. Gerade diese Rede werteten aber viele jüdische Autoren als das Beste, was sie je von deutschen Politikern gehört hätten.

Es wäre also einmal an der Zeit, den merkwürdigen Philosemitismus, der eingebettet ist in Wortklauberei, zu dekonstruieren und einer wirklichen Aufarbeitung zuzuführen. Herr Generalstaatsanwalt in Kiel, bitte zum Rapport!



Kindersterben nach »Impfung«

Ein maßloses Verbrechen lässt sich nicht mehr verbergen.

Von Uwe G. Kranz

Die Impfschäden gehen weltweit immer weiter, in immer bedrohlicherem Ausmaß. Nicht erst nach der Veröffentlichung von »Euro-MOMO«, das die Zahl der Todesfälle von »geimpften« Kindern (12 bis 15 Jahren) in Europa um 691 Prozent gestiegen sei (nachzulesen in den dortigen Bulletins 33 und 36), hätten eigentlich alle Medien Alarm schlagen und auf Aufklärung dieser eklatanten Übersterblichkeit drängen müssen.

Die Folge jedoch: Euro-MOMO passte die *Baseline* an, um den Anstieg zu relativieren! Klare Korrelation: Je mehr Geimpfte, desto höhere Sterblichkeit.

Im Oktober erregte sich der rumänische Europaabgeordnete Christian Terhes darüber, dass die Übersterblichkeit in der Europäischen Union um 16 Prozent über dem dreijährigen Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2019 liege. Der EU-Parlamentarier demonstrierte zudem anhand einer Karte, dass die Länder mit der höchsten Impfrate europaweit auch die höchsten Sterblichkeitsraten haben, und forderte, diese Zusammenhänge endlich wissenschaftlich zu untersuchen. Eine Reaktion kam weder von den zuständigen europäischen (European Medicine Agency, EMA) noch von deutschen Agenturen (Robert-Koch- sowie Paul-Ehrlich-Institut, RKI/PEI). Die Politik duckte sich weg.

... UND DROSTEN TAUCHTE AB

Dabei hatte die Charité Berlin schon im März 2022 einen Anstieg der Zahl schwerer Impf-»Nebenwirkungen« (eigentlich: Impfschäden) um das Vierzigfache (!) errechnet. Vielleicht war das der Grund dafür, dass Professor Christian Drosten, der Direktor des Virologischen Instituts, das diese Berechnungen anstellte, so plötzlich und unerwartet das Corona-Experten-Team verlassen hatte (und seither weitgehend in der medialen Versenkung verschwunden ist)?

War es die Angst vor der drohenden Erkenntnis, dass die hohe Zahl der Todesfälle im direkten oder nahen zeitlichen Zusammenhang mit der Covid-„Impfung“ offenkundig ist und noch weiter ansteigen wird? Die Angst vor weiteren Spätfolgen, die Monat für Monat neu erkannt oder nun vermehrt aufgetürmt werden? Angst vor der strafrechtlichen Verantwortung, vor Schadensersatzforderungen? Angst vor dem womöglich noch folgenden Nachweis, dass die Spritze gar als eine Art staatliche Mordwaffe zur Populationsverdünnung eingesetzt worden sein könnte? Tödliche Verdachtsfälle: Verschwiegen und verleugnet

Dass die Corona-»Impfstoffe« viele, viele Hunderttausende Menschen schwer schädigen und die Impfärzte wohl schon heute Zigtausende Tote auf dem Gewissen haben, das habe nicht nur ich seit langem betont, sondern darauf weisen auch viele Wissenschaftler, Mediziner, Experten in der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit geraumer Zeit hin. Inzwischen leugnen es nun nicht einmal mehr die *Mainstreammedien*. Sie nähern sich zwar in kleinen Schritten der Wahrheit, schweigen sich jedoch noch immer lieber darüber aus.

Sie nehmen das abgetauchte und dafür eigentlich zuständige PEI und seinen ebenfalls schweigenden Präsidenten, Klaus Cichutek, nicht ansatzweise in die Mangel. Sie fragen nicht nach den verheimlichten Zahlen und Daten – etwa zu schweren Impfschäden bei Kindern. Sie investigieren nicht die fehlenden Aufklärungsbemühungen dieser Behörde, die doch genau für die transparente Überwachung von Impfstoffen ins Leben gerufen worden war. Seit Jahresbeginn werden die Zahlen der Verdachtsfälle auf tödliche Impfschäden (speziell bei Kindern) zudem gar nicht mehr und andere relevante Daten kaum mehr rapportiert (»einzelne Fälle einer Myokarditis und/ oder Perikarditis«, »kein Risikosignal zu Meldungen von chronischem Müdigkeitssyndrom und Long Covid-ähnlichen Beschwerden« oder »... zu verschiedensten Zyklusstörungen bei Frauen im gebärfähigen Alter«). Wer die internationale Lage kennt und die Forschung verfolgt, kann da nur noch den Kopf schütteln.



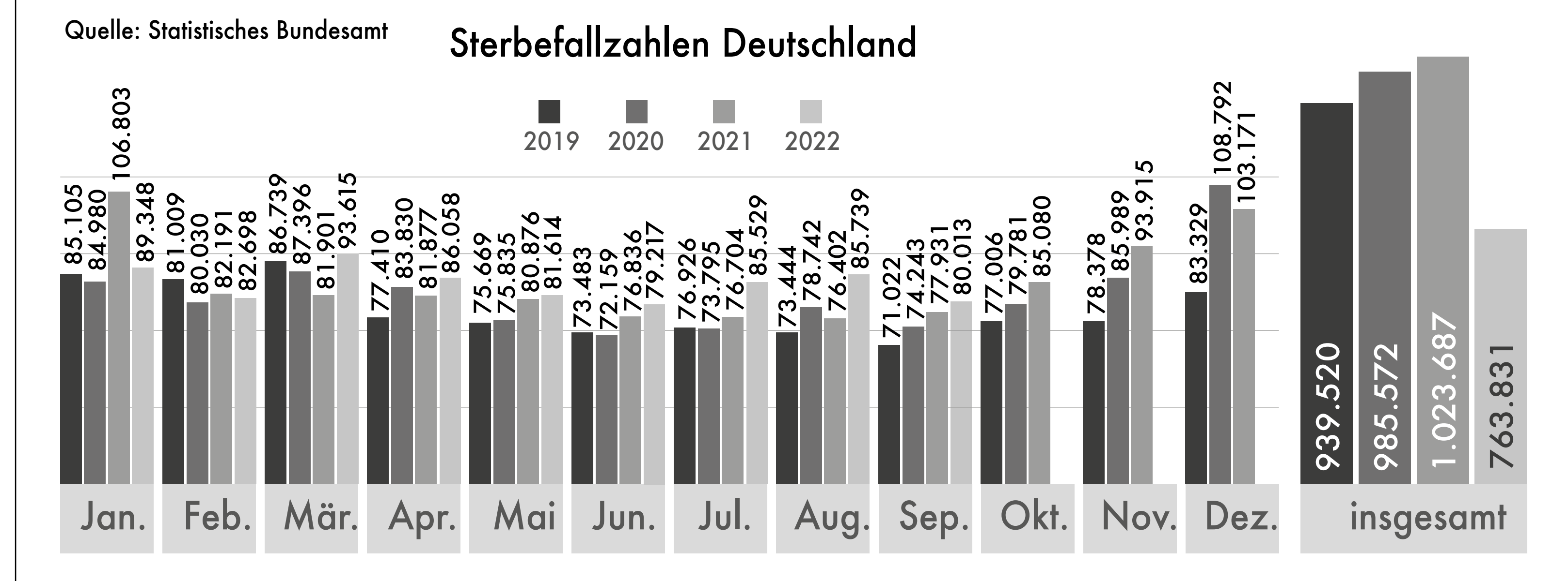
Dresden 29. Oktober 2022
Foto: Georgi Belickin

Dieser Bericht ist reine Makulatur, grenzt an Volksverdummung; der wissenschaftliche Wert dieser »Auswertung« ist gleich Null. Gesundheitspolitisch haben wir es mit einem epischen Desaster zu tun. Es wird vertuscht, dass sich die Balken biegen. Und warum? Vielleicht, weil man in geheimer Absprache den negativen Vorbildern aus Kanada, USA und Großbritannien folgen möchte, um das internationale genmanipulierende Massenexperiment so lange wie möglich weiterführen zu können?

MINISTERIUM VERWEIGERT PRESSEANFRAGEN

Das PEI, das direkt dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG), also den Bundesgesundheitsministern Karl Lauterbach (SPD), zuvor Jens Spahn (CDU), unterstellt ist, verweigert inzwischen sogar die Auskunft auf konkrete und gezielte Presseanfragen – sicherlich nicht ohne höchstpersönliche ministerielle Rückendeckung. »Das PEI hat entschieden, über den Sicherheitsbericht hinaus nur bei tatsächlich neuen Hinweisen entsprechend zu kommunizieren und für Einzelauswertungen zur Verfügung zu stehen.« Und weiter, auf gezielte journalistische Nachfrage: »Das Paul-Ehrlich-Institut weigert sich keinesfalls, ›relevante Daten von großem öffentlichen Interesse‹ herauszugeben. Die von Ihnen angefragten Zahlen erfüllen dieses Kriterium jedoch nicht. Denn allein die Zahl der gemeldeten Verdachtsfälle erlaubt keine Aussagen hinsichtlich der Sicherheit der Impfstoffe.«

Die Zahl der Todesfälle bei Kindern ist also nicht von »großem öffentlichen Interesse«? Hat das das göttliche PEI oder Lauterbach so entschieden? Wo steht überhaupt im PEI-Gesetz etwas von »großem öffentlichen Interesse«? Wann ist das öffentliche Interesse groß? Wenn wohl etwas von größtem öffentlichen Interesse ist, dann ist das die Gesundheit und Zukunft unserer Kinder. Diese Zahlen gehören aufgedeckt, analysiert, wissenschaftlich erforscht und nicht unter den Teppich gekehrt!



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Links sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche.

Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

Der Autor Uwe G. Kranz ist Kriminalist »von der Pike auf«; Gründer und Ex-Präsident des Landeskriminalamtes Thüringen; langjähriger Aufbauhelfer/Projektmanager Europols; Redner in 20 Jahren bei europäischen Polizei- und Sicherheitskongressen; Autor für Europarat, Fachzeitschriften, Behördenspiegel oder hallo-meinung; Schwerpunkte: Organisierte Kriminalität, Extremismus/Terrorismus, Menschen- und Drogenhandel, (sexueller) Kindesmissbrauch, Migration und (neu) Themen rund um die Covid-Plandemie; Motto: Wehret den Anfängen! – Der vorliegende Artikel ist ein Kapitel aus »Weltweit 10 oder 20 Millionen Verdachtsfälle auf ›Impftod‹?« im Online-Magazin »Ansage!«, das auf DW-Standards redigiert wurde. Wir danken dem Autor.

MELDUNG

SNOWDEN: WIE GELANG DIE GLEICHSCHALTUNG?

Berlin/DW. Die Gleichschaltung der Medienbetriebe unter der Corona-Lüge gab und gibt Rätsel auf. Der weltberühmte frühere Geheimdienstmitarbeiter der NSA, Edward Snowden, veröffentlichte in der ablaufenden Woche dazu ein Video aus dem Jahr 1983, das den CIA-Mitarbeiter Frank Snepp zeigt. Dieser legt dar, wie er systematisch Einfluss und Druck auf Journalisten ausübte, um diese zu, wörtlich, zu »Desinformation« im Zuge von Putsch- und Krigesvorbereitungen der USA zu bewegen. »Die Desinformation diente keinem nützlichen Zweck«, so Snepp in dem Video.

Snowden kommentierte es in seiner Veröffentlichung so: »Das wichtigste Video des Jahres 2022 stammt aus dem Jahr 1983« (siehe t.me/DemokratischerWiderstandTelegram/7017). Mit einer neuen Medienstudie (»Spriger-Studie«) hatte die Universität von Haifa Tage zuvor bekanntgegeben: »Unsere Ergebnisse weisen auf die zentrale Rolle hin, die Medienorganisationen und insbesondere IT-Unternehmen bei dem Versuch spielen, eine kontroverse Debatte über die COVID-19-Politik und -Maßnahmen zu ersticken.« (ale)



LAUTERBACH: KINDERQUÄLEREI DOCH NICHT RICHTIG

Berlin/DW. »Sind Kindergärten eigentlich Infektionsherde gewesen?« Mit dieser Frage hat sich der Pharmalobbyist und Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) im Zuge »einer neuen Studie« befasst. »Da können wir nachträglich ganz klar sagen, das waren sie nicht«, so Lauterbach bei einer Pressekonferenz im Ministerium zu Monatsbeginn. US-Präsident Joseph Biden hatte im Zuge der Automesse von Detroit im September die »Plandemie« für beendet erklärt. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier folgte wenig später mit einem demonstrativ veröffentlichten Foto von ihm selbst in einem Großraumwaggon der Deutschen Bahn – ohne die Kinderschändermaske (DW berichtete jeweils). Auch CDU-Mann Armin Laschet kommentierte im Internet: »Wir hätten uns noch stärker dem Verbotsrausch zu Lasten der Kinder widersetzen müssen.« Ähnlich versuchten Jens Spahn (CDU), Friedrich Merz (CDU) und Markus Söder (CSU) die Köpfe aus den Schlingen zu ziehen. (ale)

G7-GIPFEL OHNE JESUSKREUZ UND OHNE NEUIGKEITEN

Münster/DW. Vom G7-Treffen der Außenminister der USA, Britanniens, Kanadas, Frankreichs, Japans, Italiens und Deutschlands waren keine wesentlichen Neuigkeiten zu vermelden. Einzig die fast einhellige Verwendung des düsteren Begriffs »regelbasierte Ordnung«, der die Ablösung des Menschenrechts, des Vökerrechts und der Vereinten Nationen durch den US-Hegemon signalisiert, fiel unter den Meldungen der Nachrichtenagenturen auf.

Für den Gipfel war das fast 500 Jahre Ratskreuz (Jesuskreuz) im Münsteraner Friedenssaal abgehängt worden. Ein Sprecher des Auswärtigen Amts verlautbarte, das Kreuz sei im Zuge einer Umgestaltung des Saals für das G7-Ministertreffen entfernt worden, darunter auch Beleuchtung und Teppich. Von größeren Demonstrationen gegen den G7-Gipfel mitten in der Stadt Münster wurde wie beim WHO-Gipfel im Oktober in Berlin wieder nichts bekannt. Offenbar wollen auch viele Demokraten dem für viele Missstände der Gegenwart verantwortlichen Staatspersonal nicht zur Last fallen. (ale)



Der parteilose Arzt und neue Gesundheitsminister Orazio Schillaci Foto: CC

ITALIEN BEENDET INJEKTIONSGENOZID

Rom/DW. Die neue italienische Regierung der Regierungschefin Carla Meloni (Brüder Italiens) will das genozidhafte Coronaregime beenden. Bereits für die erste Kabinettssitzung am 31. Oktober kündigte der parteilose Arzt und neue Gesundheitsminister Orazio Schillaci (Foto) an, den Impfzwang für Ärzte und Pfleger unverzüglich aufzuheben. Die Seuchenlüge (Bergamo) mit dem folgenden fanatischen Injektionsexperiment hat in allen beteiligten Ländern Geschädigte, systematisch und industriell Ermordete sowie völlig zerrüttete Gesellschaften hinterlassen. Seit Beginn der Injektionen steigen die Sterberaten, die zuvor (nur mit Covid und anderen Erkältungsinfekten) 2020 durchschnittlich waren. Weitere Folgen der Injektionen sind kaum absehbar. Einige Experten gehen von einer Sterbewelle aus durch die Weiterverbreitung sogenannter Spike-Proteine, die das Immunsystem demnach systematisch nach den Spritzen zerstörten (vgl. #DW1 bis #DW110). (ale)

G7-GIPFEL OHNE JESUSKREUZ UND OHNE NEUIGKEITEN

Münster/DW. Vom G7-Treffen der Außenminister der USA, Britanniens, Kanadas, Frankreichs, Japans, Italiens und Deutschlands waren keine wesentlichen Neuigkeiten zu vermelden.

Für den Gipfel war das fast 500 Jahre Ratskreuz (Jesuskreuz) im Münsteraner Friedenssaal abgehängt worden. Ein Sprecher des Auswärtigen Amts verlautbarte, das Kreuz sei im Zuge einer Umgestaltung des Saals für das G7-Ministertreffen entfernt worden, darunter auch Beleuchtung und Teppich. Von größeren Demonstrationen gegen den G7-Gipfel mitten in der Stadt Münster wurde wie beim WHO-Gipfel im Oktober in Berlin wieder nichts bekannt. Offenbar wollen auch viele Demokraten dem für viele Missstände der Gegenwart verantwortlichen Staatspersonal nicht zur Last fallen. (ale)

STREIKS FÜR LOHNERHÖHUNG

Essen/DW. Die Gewerkschaft IG Metall hat im Zuge von Warnstreiks in der ablaufenden Woche acht Prozent mehr Lohn gefordert. 200.000 Arbeiter legten ihre Arbeit in der Metall- und Elektrobranche nieder, hieß es. IG-Metall-Führer Jörg Hofmann erklärte, die Gewerkschaft sei in der Lage, die Gangart zu verschärfen. Am vorvergangenen Freitag hätten Hofmann zufolge rund 83.000 Arbeiter aus rund 400 Betrieben zeitweise die Arbeit niedergelegt, zum Beispiel im BMW-Werk Leipzig, Ford Köln, Meyer-Werft Papenburg, Bosch Bamberg und Porsche Stuttgart-Zuffenhausen. Die Inflationsrate liegt in der BRD derzeit über 10 Prozent. (jro)



TSCHECHIEN STEHT MASSIV AUF

Prag/DW. Am Freitag, 28. Oktober 2022, fand wieder eine Großdemonstration Tschechiens gegen die Nato, die militärische Besetzung Kontinentaleuropas durch US-UK-Strukturen, gegen die Coronalüge, gegen die Bevormundung aus Washington und Brüssel – und für eine souveräne, soziale und freie Tschechische Republik statt. An der Demonstration sollen weit über 100.000 Tschechen teilgenommen haben. Bereits am 3. September hatten sich auch nach Mainstream-Angaben über 70.000 auf dem geschichtsträchtigen Wenzelsplatz erhoben (#DW104 berichtete). (ale)

SPANIEN STEHT AUF

Madrid/DW. Am 3. November fand eine Großdemonstration in der spanischen Hauptstadt Madrid gegen die Verteuerung, gegen die spanische Kriegsbeteiligung und für Lohnsteigerungen oberhalb der Inflationsrate statt. Laut Meldungen soll auch die wachsende Zahl der Injektionstoten auf der iberischen Halbinsel zur Sprache gekommen sein. Übermittelte Teilnehmerzahl: Weit über 40.000. Spanien war in den vergangenen zweieinhalb Jahren des Corona-Regimes auffällig gleichgültig gegenüber den Maßnahmen gegen das Volk geblieben. (ale)

TERRORLISTE NUN MIT SPD-MÜTZENICH

Berlin/DW. Wie erwartet, wird die 2014 vom »Westen« errichtete Marionettenregierung in Kiew auch dazu eingesetzt, Schrecken und Terror in den eigenen Reihen zu verbreiten, um den US-UK-Weltkriegskurs aufrecht zu erhalten. Sogar der Propagandablog Tagesschau.de meldete am 5. November: »SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich hat der ukrainischen Regierung vorgeworfen, ihn auf eine Terrorliste gesetzt zu haben. › Ich bin schon irritiert gewesen, dass ich von der ukrainischen Regierung auf eine Terrorliste gesetzt wurde mit der Begründung, ich setze mich für einen Waffenstillstand ein oder für die Möglichkeit, über lokale Waffenruhen auch in weitere diplomatische Schritte zu gehen‹, sagte Mützenich beim SPD-Debattenkonvent in Berlin. Er beklagte zudem eine ›Diskriminierung‹ derjenigen, die sich wie er selbst für Diplomatie einsetzen. ›Gegen diesen Rigorismus wende ich mich. Es bleibt dabei: (...) Die meisten Kriege sind am Ende nicht auf dem Schlachtfeld beendet worden‹, sagte Mützenich«. (ale)

ERDGASSPEICHER »ANGEBROCHEN«

Berlin/DW. Laut Meldung der Nachrichtenagentur Interfax haben Frankreich, Italien, Polen, die Niederlande und die BRD begonnen, die gespeicherten Erdgasreserven zu verbrauchen. Dies beginnt wegen des Temperatureinbruchs demnach zwei Wochen vor der üblichen Zeit. Der Anbruch der Reserven gehe aus den Daten der Märkte für Erdgashandel der fünf Länder hervor. Die Erdgasspeicher sollen zuvor zu 95 Prozent aufgefüllt worden sein. Das entspreche 102 Milliarden Kubikmetern gespeicherten Erdgases. Westeuropa steht auch laut BRD-Regierungseinschätzung wahrscheinlich ein Kälte- und Kriegswinter mit ausfallenden Industrieanlagen und gedrosselten oder ausfallenden Heizungen bevor. Am 26. September 2022 hatten die USA möglicherweise mit englischer Zuarbeit die zivilen Heizungsversorgungsleitungen in der Ostsee bei Bornholm gesprengt (#DW106, #DW107). (ale)

DER BUNDESPRÄSIDENT VERUNGLIMPFT SEIN AMT

KOMMENTAR von Paul Brandenburg

Ich meine: Frank-Walter Steinmeier verachtet die Werte unseres Grundgesetzes. Er ist ein Lügner und schreckt für seinen Machterhalt vor Staatsterrorismus nicht zurück. Seit 2002 sind diese Tatsachen allgemein bekannt. Statt vor einem Gericht ist er im höchsten Amt des Staates gelandet.

2002 lehnte Steinmeier es ab, einen Unschuldigen aus der Folterhaft in Guantánamo zu befreien: den als Bremer Taliban bekannten Murat Kurnaz. Die USA boten dem damaligen Kanzleramtsminister an, Kurnaz aufgrund erwiesener Unschuld an Deutschland zu übergeben. Das frühere Nachrichtenmagazin Spiegel deckte es auf. Steinmeier log und behauptete, persönlich habe er von diesem Angebot keine Kenntnis gehabt.

Nachdem der Spiegel auch diese Lüge aufdeckte, schwenkte der Ertappte um. Er habe das Angebot aus »Sicherheitsbedenken« abgelehnt. Es hätte ja »zu einem Anschlag kommen können«. Natürlich war es so opportun wie populistisch, einen Islamisten nicht aus einem Foltergefängnis zu befreien. Unschuld ist keine Dimension der Machtpolitik. Aber eben eine der Ethik.

Doch Steinmeier ist offenbar ein Mensch, der seine Macht über jedes Minimum der Ethik stellt. Ein Mensch, der einen Unschuldigen aus Selbstsucht in einem Foltergefängnis zurücklässt. Viele Jahre. Dieser Egozentriker verlangt heute die Einführung eines »sozialen« Zwangsdienstes für junge Menschen. Damit diese »einmal im Leben etwas für andere tun«. Dieser Egozentriker von dem keine Uneigennützigkeit außerhalb des engsten Familienkreises überliefert ist. Frank-Walter Steinmeier ist ein Heuchler.

Frank-Walter Steinmeier ist ein Spalter. 2021 erklärte er alle Bürger zu Feinden unseres Landes, die es ablehnten, sich der »Impf«-Propaganda zu fügen: »Wer jetzt immer noch zögert, sich impfen zu lassen«, so Steinmeier, »den will ich (...) fragen: Was muss eigentlich noch geschehen? (...) Es geht um (...) die Zukunft Ihres Landes!«

Frank-Walter Steinmeier entmenschlicht seine Feinde; äußere wie innere. Unser Land befände sich gegenüber Russland »im Angesicht des Bösen«, erklärte er diesen Oktober im Schloß Bellevue. Mit Russland als Feind Europas könne es in Sachen Ukraine keinen Verhandlungsfrieden geben, bei dem Konzessionen gemacht würden. Die Deutschen müssten daher „wieder lernen, Härten“ und Kriegsbedingungen zu erdulden und helfen, Russland zu besiegen. Marionettenrichter Stephan Habarth applaudierte aus der ersten Reihe. Seine Rede schloss der Kriegstreiber Steinmeier mit Hetze gegen seine Feinde im Inneren. Er rief auf, all solche Mitmenschen zu denunzieren und sozial auszugrenzen, die sich seiner Ideologie von Krieg und Entmenschlichung entgegenstellen. Die seien nämlich, so legte er es nahe, „Feinde unserer Demokratie“. Frank-Walter Steinmeier ist ein Antidemokrat.

In ihrem Essay *Endspiel Europa* attestieren Ulrike Guérot und Hauke Ritz dem Brüsseler Unionskonstrukt Verrat an seiner Gründungsrationale: der Etablierung einer Friedensordnung für den Kontinent. Sie werfen ihm vor, die Träume der Gründer missbraucht zu haben, um eine Technokratie zu errichten, die einzig den Interessen ihrer Funktionäre diene und jede Legitimität verloren habe. Wie kein zweiter verkörpert der amtierende Bundespräsident diesen Verrat. Mit seinen Worten und mit seinen Taten hat Frank-Walter Steinmeier immer wieder bewiesen, dass Menschen für ihn nichts sind, als Verfügungsmasse seiner Machtinteressen. Wo es ihm nützt, hetzt er gegen die Würde und das Leben anderer. Frank-Walter Steinmeier verunglimpft das Amt des Bundespräsidenten.



Dr. Paul Brandenburg ist Journalist, Arzt und Publizist in Berlin. Er betreibt die Seite *PaulBrandenburg.com.*

Spahn träumt von Vergebung, wir schon vom Prozess!

Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick.



»Den Krieg gegen das eigene Volk werdet ihr niemals gewinnen.« Demonstrationszug in Bad Doberan am 9. November 2022. Deutschland steht seit 28. März 2020 auf. Wird die Revolution sich durchsetzen, Nato und BRD-Terrorapparat vollständig absetzen? Foto: Kuni

Wie sagte bereits vor Jahren Franz Beckenbauer in einer unerträglichen Werbung: »Ja, ist denn heut scho Weihnachten?«

Tatsächlich ist es bald wieder soweit. Und ein ganz Gewiefter scheint diese vorweihnachtliche, von christlicher Nächstenliebe geprägte Stimmung für sich nutzen zu wollen. Jens Spahn, ehemaliger Bundesgesundheitsminister, schwafelt von Vergebung für alles, was er in der inszenierten Corona-Pandemie zu verantworten hat. Und als wäre das nicht geschmacklos genug, setzt Kicher-Kanzler Olaf Scholz noch einen drauf. Hoffnungsvoll blicke ich derzeit nur über den großen Teich – auf die Halbzeitwahlen in den USA.

Neuerdings säuselt Jens Spahn, CDU, in Interviews von Vergebung und Verständnis für die »Fehler« seiner Corona-Politik. Frei nach dem Motto: »Man habe ja damals nicht so viel gewusst wie heute.« Ob er das ernstmeint? – Natürlich, er will sich ohne Konsequenzen für seine Fehltaten davonschleichen und zeitgleich auch noch sein Buch zum Thema vermarkten. Pfui, Teufel! (Zum Gerichtsprozess Spahn versus Lenz siehe Seite 13 der vorliegenden Ausgabe #DW111.)

Wissen Sie, wie sich meine vorweihnachtliche Stimmung zu dieser narzisstischen Dreistigkeit anfühlt? Alle Täter, die diese menschenverachtenden Corona-Maßnahmen ohne medizinische Evidenz über uns brachten und bringen, alle, die unser Grundgesetz und unsere Grundrechte mit Füßen traten und treten, und alle, die unseren schutzlosen Alten und Kindern die Würde nahmen und nehmen, die hetzen und ausgrenzen, alle jene, gehören schnellstmöglich vor ein unabhängiges Gericht. Das, was Spahn vergisst: Die Voraussetzung für Vergebung ist das Eingeständnis von Schuld des Täters, die juristische Aufarbeitung des Vergehens inklusive weitreichender Konsequenzen bei Feststellung von Schuld. Wir bleiben dran. Versprochen.

DER KICHER-KANZLER

»Neulich kam jemand zu mir und sagte: ›Ich habe meinen Elektro-Ofen gerade auf einen Gasofen umgestellt‹«. Scholz kichert. »Und da wusste ich gar nicht, wie traurig ich gucken sollte.« Das sagte Olaf Scholz, noch amtierender Bundeskanzler, SPD, und grinste weiter. Dieser Videoausschnitt wurde auf einem Bürgerdialog in Niedersachsen vor ein paar Tagen aufgezeichnet und kursierte dann im Netz. Ein »*Shitstorm*« (zu Deutsch »Scheißesturm«) entbrannte auf dem Nachrichtendienst *Twitter* und wurde mit »das sei aus dem Kontext gezogen« von Regierungsvasallen bagatellisiert.

Nein. War es nicht. Der Kanzler leistete sich mehrere Aussetzer an diesem Abend. Zu sehen sind diese auf dem Telegram-Kanal dieser Wochenzeitung und unter anderem auch auf dem *Youtube*-Kanal des ehemaligen *Bild*-Chefs Julian Reichelt, der 2020 noch die Impfung fanatisch lobgepreist hatte. Auf »Achtung Reichelt« können Sie das gesamte Material dazu sehen – es lohnt sich.

Die Dekadenz des deutschen Untergangs zeigt sich ohne Maske und Schattenspiel. Öffentlich und schambefreit lachen uns die Zerstörer unseres Wohlstands ins Gesicht. Sie geben sich noch nicht einmal mehr Mühe, Anstand und gute Absichten zu heucheln, ihnen ist ihre Macht zu Kopf gestiegen. Noch.

HALBZEIT FÜR »SLEEPY JOE«

Joe Biden, amtierender Präsident der USA (*Democratic Party*), steht in Sachen Vergesslichkeit und Fremdschämen unserem Olaf bekanntlich in nichts nach. Ob er seine Macht verteidigen kann, zeigt demnächst das Ergebnis der sogenannten *Midterms* – die Kongresswahlen zur halben Amtszeit der Regierung. Wenn die Republikaner eine Mehrheit erzielen, können sie die Biden-Regierung lahmlegen.

In Umfragen lagen die Republikaner bis zum Wahltag am 8. November deutlich vor den Demokraten. Bis Textschluss dieses Wochenrückblicks steht noch keine finale Auswertung fest (mehr im Auslandsressort, Seite 11). Die amerikanischen Medien berichten allerdings nach den ersten Ergebnissen vom Ausbleiben der erwarteten »Roten Welle«, dem deutlichen Sieg der »Grand Old Party« (GOP, wie die Republikaner auch genannt werden).

Tucker Carlson, der Nachrichtensprecher von *Fox News*, schien sich noch an den Wahlbetrug aus dem Jahr 2020 zu erinnern und schrieb während der Wahlnacht auf *Twitter*: *»Democrats absolutely cannot lose the midterm elections. And with that in mind, they're already preparing us for election theft, which if you don't want a civil war, you must passively accept.«* Zu Deutsch: »Die Demokraten dürfen die Zwischenwahlen auf keinen Fall verlieren. Und in diesem Sinne bereiten sie uns bereits auf Wahldiebstahl vor, den Sie, wenn Sie keinen Bürgerkrieg wollen, passiv hinnehmen müssen.« – In diesem Sinne: Es bleibt wahnsinnig, bleiben Sie gelassen und bitte widerspenstig.



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.



Schach matt, § 201 StGB!

NEUES AUS DEM GERICHTSSAAL | KOLUMNE ***Dirk Sattelmaier***

In dieser Woche beendete ich doch tatsächlich erfolgreich ein juristisches »Schachspiel«. Hintergrund waren die zahlreichen Verfahren gegen Mandanten, die auf oder am Rande von Versammlungen ihr Mobiltelefon als »Tatmittel« bei Polizeimaßnahmen eingesetzt haben.

Gerade zu Beginn der Proteste (aber noch immer) wurde der ominöse Paragraph 201 des Strafgesetzbuches von Polizeibeamten »missbraucht«, um unliebsame Aufnahmen mit der Begründung zu verhindern, das Aufnehmen mit Ton stelle einen Verstoß gegen die »Vertraulichkeit« des gesprochenen Wortes dar. Nicht selten wurden nicht nur die entsprechenden Aufnahmen vor Ort gelöscht, sondern zusätzlich auch noch die Mobiltelefone der Demonstranten beschlagnahmt und am Ende sogar als Tatmittel eingezogen. Ein nahezu unhaltbarer Missbrauch brach sich Bann mit der Folge, dass die Menschen aus Angst Polizeimaßnahmen zu Beweiszwecken nicht mehr filmten. Was aber gerade bei rechtswidrigen Polizeieinsätzen – wie sich in der Folgezeit herausstellte – zwecks Entlastung von Angeklagten umso wichtiger geworden ist.

Im meiner anwaltlichen Tätigkeit konnte ich mit Verweis auf eine bisher sehr dürftige Rechtsprechungslage jede Verurteilung der Mandanten bei derartigen wegen des vermeintlichen Verstoßes verhindern. Sei es bereits durch Einstellung im Ermittlungsverfahren oder aber spätestens vor Gericht durch entsprechende Freisprüche (ich berichtete an dieser Stelle mehrfach). So schön die vor Gericht erstrittenen Freisprüche für die Mandanten auch waren: Es fehlte leider bisher an einem wegweisenden Urteil eines deutschen Oberlandesgerichtes (OLG), welches in Anwendung des Rechtsbegriffes der sogenannten »faktischen Öffentlichkeit« dem Missbrauch des § 201 StGB endgültig einen Riegel vorschob. Denn bisher gab es lediglich einige wenige Beschlüsse von Landgerichten, die sich mit einem Verhältnis von 3 zu 1 für diesen Riegel entschieden haben. Mein Problem war, dass ich auf Grund der Freisprüche keine Möglichkeit hatte, eine solche OLG-Entscheidung durch eine (Sprung-)Revision herbeiführen zu können. Also musste ich darauf hoffen oder sogar ein wenig hinwirken, dass eine der anklagenden Staatsanwaltschaften Revision gegen den Freispruch einlegen würde. Und tatsächlich hat ein Staatsanwalt angebissen: Gegen einen Freispruch des Amtsgerichts Wuppertal aus dem Dezember 2021 legte die Staatsanwaltschaft Wuppertal Sprungrevision ein. Hier sollte man wissen, dass es bei der Revision lediglich um Rechtsfragen geht und keine Tatsachen mehr im Rahmen einer Verhandlung festgestellt werden.

Es ging dann vor das OLG Düsseldorf und die Frage, ob Polizeibeamte sich auf den Schutz des § 201, also die Vertraulichkeit ihres gesprochenen Wortes, berufen können, auch wenn sie sich in der (sogenannten faktischen) Öffentlichkeit befinden. Und siehe da: Der Schachzug, endlich einmal ein OLG über diese Frage entscheiden zu lassen, ging auf. Das Gericht erklärte in aller Deutlichkeit, dass nicht allein der Wille der Beamten über die Frage öffentlich oder vertraulich entscheidet, sondern die wesentlichen Gesamtumstände, bei denen Beamten sprechen.

Und auf – oder am Rande – von Versammlungen ist eben davon auszugehen, dass das gesprochene Wort in der (faktischen) Öffentlichkeit gesprochen wird, weshalb die Beamten sich nicht auf den Schutzbereich des § 201 StGB berufen können. Dabei spielt es auch keine Rolle, ob nicht beteiligte Personen tatsächlich anwesend waren und das, was die Beamten da von sich gaben, auch wahrgenommen haben. Es reicht aus, dass etwaige Passanten auf Grund der Umstände die Möglichkeit der Wahrnehmung hatten, eben eine »faktische« Öffentlichkeit bestand.

Das OLG Düsseldorf hat mit dieser Grundsatzentscheidung dem Missbrauch des § 201 StGB auf Versammlungen (aber auch sonst in der Öffentlichkeit) einen fetten Riegel vorgeschoben und somit das bisherige Vorgehen gegen unliebsame Zeugen Schachmatt gesetzt. (Urteil OLG Düsseldorf vom 4. November 2022 – AZ: III-3 RVs 28/22 – das schriftliche Urteil steht noch aus.)



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

Achtzehnte Woche der Medienmahnwachen Leuchtturm-ARD.de, im Folgenden druckt DW die Top-30-Standorte ab.

AACHEN: Donnerstag ab 16 • WDR Studio • Karmeliterstraße 1-3
BADEN-BADEN: Donnerstag ab 12 • SWR Studio • Ernst-Becker-Str. 1
BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
CHEMNITZ: Montag 18.30 • MDR Sachsenspiegel • Carolastr. 4-6
COBURG: Montag 18.30 • Neue Presse • Steinweg 51
DORNBIRN: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
ERFURT: Donnerstag ab 16 • MDR Studio • Gothastr. 36
ESSEN: Donnerstag ab 12 • Funke Medien • Jakob Funke Platz 1
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
FREIBURG: Donnerstag ab 16 • Badische Zeitung • Lörracher Str. 3
FULDA: Donnerstag ab 14 • HR Studio • Rabanusstr. 14-16
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
KEMPTEN: Donnerstag 17.40 • BR Rundfunk • Siegmund Ullmann Platz
KIEL: Donnerstag ab 16 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KÖLN: Donnerstag ab 17 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LANDAU: Donnerstag ab 16 • Rheinpfalz • Ostbahnstr. 12
LANDSHUT: Donnerstag ab 17 • BR Studio • Altstadt 74
LIMBURG: Montag ab 19 • Nassauische NP • Am Neumarkt
LÜBECK: Donnerstag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai
MAINZ: Donnerstag 15.30 • ZDF Studio • ZDF-Str. 1
MÜNCHEN: Donnerstag ab 18 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
NÜRNBERG: Donnerstag ab 16 • BR Studio • Wallensteinstr.
OSNABRÜCK: Mittwoch ab 16 • NOZ • Breiter Gang
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
RAVENSBURG: Donnerstag ab 17 • Schwäbisch Media • Karlstr. 16
ROSENHEIM: Mittwoch ab 19 • OVB Heimatzeitung • Hafnerstr. 5-13
SAARBRÜCKEN: Mittwoch ab 17 • SR Saarland • St. Johanner MARKT
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Donnerstag ab 17 • WDR Studio • Am Bahnhof 9
WÜRZBURG: Donnerstag ab 16 • BR Studio • ≠Bahnhofsplatz 2

IMMER MONTAGS!

AHRENSBÖK, 18 Uhr, am Rathaus – APOLDA, 18.30 Uhr am Markplatz – ARTERN, 18 Uhr, am Geschwister-Scholl-Platz – BAD LOBENSTEIN, 19 Uhr am Marktplatz – BERLIN-KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – BERLIN-PANKOW, 17.45 Uhr, Gethsemanekirche – BREMERHAVEN, 18 Uhr, am Rathaus – CLOPPENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – DARMSTADT-ARLHEILGEN, 18 Uhr, am Löwenplatz – DIEPHOLZ, 17 Uhr, am Bremer Eck – DÜNWALD, 19 Uhr vor der Gemeindeverwaltung – EMLICHHEIM, 18 Uhr, am Rathaus – KALTENNORDHEIM, 18 Uhr am Treibplatz am Parkplatz nähe Kirche – KÖNIGS WUSTERHAUSEN, 18 Uhr, am Kirchplatz – LAUENBERG, 18 Uhr, am Rathaus – LÜTJENBURG, 18 Uhr, am alten Rathaus –MAASHOLM, 18 Uhr, am Denkmal vor der Schifferkirche – NEUBRANDENBURG, 19 Uhr, am Marktplatz – ORANIENBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz – OSTSTEINBECK, 18 Uhr, an der Bücherhalle – SCHLOSSVIPPACH, 19 Uhr am Rathaus – WEISSENFELS, 18 Uhr, Jüdenstr./Ecke Markt

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 12.11.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 12.11.2022 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 12.11.2022 14-19 Uhr	Düsseldorf, Schadowplatz	Demo und Aufzug
Sa, 12.11.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 12.11.2022 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 12.11.2022 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 12.11.2022 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 12.11.2022 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 13.11.2022 18-19:30 Uhr	Bayern, Spittelmühlweg	Spaziergang
So, 13.11.2022 15-18 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Großdemo
So, 13.11.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 13.11.2022 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 14.11.2022 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-21 Uhr	Bad Meinbach, Brunnnentempel	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskowapotheke	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 17:45-21 Uhr	Berlin-Pankow, Gethsemanekirche	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 14.11.2022 18-20 Uhr	Bernau, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 14.11.2022 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 14.11.2022 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mo, 14.11.2022 18-21 Uhr	Darmstadt, Luisenplatz	Demoaufzug
Mo, 14.11.2022 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-20:30 Uhr	Dreieich, Bürgerpark	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 14.11.2022 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-20:30 Uhr	Erzhausen, Hessenplatz	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Am Römer	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 14.11.2022 19-21 Uhr	Greifswald, Mühlentor	Demo
Mo, 14.11.2022 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 14.11.2022 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 14.11.2022 17:30-20 Uhr	Osterrönfeld/Schleswig-Holstein, Bürgerzentrum	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 14.11.2022 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-20 Uhr	Rennerod, Hubertusplatz	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 14.11.2022 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 14.11.2022 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-20 Uhr	Siegen, Jakob- Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 14.11.2022 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 14.11.2022 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 14.11.2022 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 14.11.2022 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 14.11.2022 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 15.11.2022 16:30-18:00 Uhr	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz der Schlossstraße	Schilderaktion
Di, 15.11.2022 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 15.11.2022 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 15.11.2022 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 15.11.2022 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 15.11.2022 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 16.11.2022 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 16.11.2022 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 16.11.2022 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 16.11.2022 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 16.11.2022 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 16.11.2022 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 16.11.2022 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 16.11.2022 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 16.11.2022 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Do, 17.11.2022 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 17.11.2022 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 17.11.2022 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 17.11.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 17.11.2022 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 17.11.2022 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 17.11.2022 18-21 Uhr	Warstein, Rathausplatz	Spaziergang
Fr, 18.11.2022 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 19.11.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 19.11.2022 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 19.11.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 19.11.2022 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 19.11.2022 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug
Sa, 19.11.2022 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 19.11.2022 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 19.11.2022 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 19.11.2022 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 19.11.2022 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Sa, 26.11.2022 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung
Sa, 17.12.22 13-20 Uhr	Berlin, Brandenburger Tor	GROßDEMO

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



»WER SICH NICHT BEWEGT, SPÜRT SEINE FESSELN NICHT«

KOLUMNE FREUND UND HELFER | *Von Polizisten für Aufklärung*

Im Dezember 2020 wurde der Verein Polizisten für Aufklärung e.V. gegründet. Seit fast zwei Jahren setzten wir uns unermüdlich für den Schutz unserer freiheitlichen- demokratischen Grundordnung ein.

Wir haben informiert und aufgeklärt. Dies geschah in Form von Reden auf unzähligen Demonstrationen, Veranstaltungen, in Interviews, in persönlichen Gesprächen und in eigenen Veröffentlichungen. Hierbei wurden wir von vielen großartigen Menschen unterstützt. Zahlreiche Projekte wurden wiederum durch uns gefördert und werden es immer noch. Eigene Projekte wurden ins Leben gerufen, Kollegen und Bürgern nach bestem Wissen und Gewissen unter die Arme gegriffen und zahlreiche Kontakte zu Rechtsanwälten hergestellt. Viele Menschen haben wir, im Rahmen unserer rechtlichen Möglichkeiten, bei diversen Verfahren unterstützt und begleitet. Kontakte zu international tätigen Organisationen wurden aufgebaut und manche bei Fragen beraten. Ein paar Weggefährten haben uns verlassen und sich anderen Projekten zugewandt. Karl Hilz ist leider verstorben (hier als Andenken im Bild oberhalb jeder Wochenkolumne). Wir danken ihm an dieser Stelle erneut für seinen unermüdlichen Einsatz.

KRITIK DURCH ETLICHE URTEILE BESTÄTIGT

Viele unserer kritischen Überlegungen zur Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen wurden mittlerweile durch Urteile und Beschlüsse der Judikative bestätigt. Natürlich gab es auch operative Rückschläge. Dennoch, oder gerade auf Grund dessen, wird der Verein fast täglich größer und einflussreicher. Wir sind mittlerweile in ganz Deutschland vertreten und haben Mitglieder aus allen Bereichen der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben. Netzwerke sind deutschlandweit entstanden. Auch international haben wir uns breit aufgestellt. Wir stehen im engen Kontakt und Austausch mit Kollegen im europäischen und außereuropäischen Ausland. Allein im europäischen Bereich bestehen aktuell Kontakte zu Kollegen aus Österreich, aus der Schweiz, aus den Niederlanden, aus Belgien, aus Italien, aus Spanien, aus Frankreich, aus Serbien und aus weiteren Ländern. Die Zusammenarbeit soll zukünftig noch weiter intensiviert werden.

All diese Netzwerke und Kontakte sorgen für einen guten Austausch von Gedanken und dienen der Verifizierung von Informationen. Wir werden in den nächsten Kolumnen immer mal wieder über diese internationalen Kontakte und Erfahrungen berichten. Wir werden uns natürlich weiter für unsere fdGO eingesetzten bis die letzten Jahre rechtlich und gesellschaftlich aufgearbeitet sind. Frei nach dem Rosa Luxemburg zugeschriebenen Ausspruch: »Wer sich nicht bewegt, spürt seine Fesseln nicht.« Wir sehen uns auf der Straße!

Weitere Informationen über Polizisten für Aufklärung e.V.: *echte-polizisten.de*

UNSERE EXILREGIERUNG

Der Journalist und Politiker Ralph T. Niemeyer verhandelte bereits zur Wendezeit um eine neue Verfassung für Deutschland. Als Leiter einer Exilregierung in Moskau arbeitet Ralph T. Niemeyer derzeit an einem friedlichen Weg in die Souveränität.



Ralph Niemeyer traf in Moskau unter anderem auf Regierungssprecher Dimitri Peskow sowie Außenminister Sergej Lawrow (im Hinergrund).

DW: Herr Niemeyer, für den DW legten Sie in mehreren Originalbeiträgen Ihre Erfahrungen und Arbeit in der Wendezeit ab 1989 dar. Sie waren mit Michail Gorbatschow und Helmut Kohl auf Tuchfühlung. Sie waren zudem aktiv im Deutschlandkongress, der eine Verfassung für die Vereinigung von BRD und DDR von unten erarbeitete, die bis heute fehlt. Warum sind Sie heute in Moskau?
Ralph T. Niemeyer: Seit dem 11. Juli dieses Jahres habe ich in Moskau angesichts der Stilllegung von *Nordstream* 1 mich um die Zusage seitens der russischen Regierung für die Öffnung von *Nordstream 2* eingesetzt. Ich hatte an Präsident Putin geschrieben und dargelegt, dass nicht die BRD-Verwaltung unter Scholz, Habeck und Bärbock die Interessen Deutschlands vertreten, sondern dies nur durch den Souverän selber geschehen kann. In Ermangelung einer Verfassunggebenden Versammlung wird diese Aufgabe als interim-völkerrechtliche Vertretung bereits seit 1990 durch die auf Beschluss des Deutschlandkongresses eingesetzte Deutsche Exilregierung vorgenommen. Der Deutschlandkongress war die erste Institution überhaupt, die nach Artikel 146 Grundgesetz und auch nach DDR-Verfassung zur Schaffung einer Verfassung für Deutschland aufgerufen hatte.

DW: Der bekannte Deutschlandkongress und die neue Exilregierung sind nicht dasselbe?
R.N.: Die Deutsche Exilregierung ist lange inaktiv gewesen, da viele Mitglieder des Deutschlandkongresses inzwischen verstorben waren oder so hochbetagt sind, dass am Ende nur noch ich übriggeblieben bin. Nun hat die Sache aber wieder neuen Schwung erhalten und wir werden jetzt, absolut transparent und klar nachvollziehbar, Deutschland in die Souveränität führen, sodass am Ende eine Verfassung für Deutschland und auch ein Friedensvertrag verhandelt werden, damit der unhaltbare Zustand nach dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 beendet wird.

DW: Sie haben im Juli einen Brief an Moskau geschrieben und sich als Exilregierung vorgestellt.
R.N.: Die russische Regierung hat mich aufgrund dieses Schreibens wenige Tage später zu bilateralen Gesprächen eingeladen. Ich traf dann am 5. September Kreml-Sprecher Dimitri Peskow, den ich schon lange kenne, und sagte diesem, dass wir eine klare Ansage benötigen, nämlich die, dass *Nordstream* 1 nicht wieder ans Netz gehen wird, anstatt dieses unwürdigen Theaters von wegen die Turbine sei nicht ordnungsgemäß gewartet oder rechtzeitig zurückgekommen. Wobei die BRD-Verwaltung so tat, als würde Russland sie einfach nicht abholen und so weiter. Herr Peskow machte dann genau diese Ansage und so war Klarheit geschaffen worden.

DW: Was geschah weiter?
R.N.: Ich sprach auch mit Außenamtssprecherin Maria Zacharowa und dem legendären Außenpolitiker Juri Uschakow, die ich beide ebenfalls sehr lange kenne, und die mir mein zweites direktes Treffen mit Außenminister Sergeyj Lawrow ermöglichten. Herr Lawrow war sehr erfreut, dass wir einen neuen Gesprächskanal zwischen Russland und Deutschland ermöglichen und versprach uns Unterstützung bei der Erlangung der Souveränität. Ebenso äußerte sich öffentlich Präsident Putin, indem er sagte, die BRD sei nicht souverän, sondern ein Vasall Washingtons.

DW: Sie hatten auch Wirtschaftskontakte?
R.N.: Danach sprach ich mehrfach mit Gazprom Chef Alexej Miller, der mir zusagte, *Nordstream* 2 öffnen zu lassen, wenn wir für Deutschland, die deutsche Wirtschaft, den Mittelstand und Kleinunternehmer bestellen würden! Ich leitete die Ergebnisse meines Besuches in Russland nach Rückkehr umgehend der BRD-Verwaltung zu und wurde am 15. September 2022 auch im Kanzleramt vorstellig, wo ich mitteilte, dass wir die Verträge über *Nordstream* 2 für Deutschland am 19. September unterzeichnen würden, wenn dies nicht bis 18. September um 18 Uhr Moskauer Zeit durch die BRD-Verwaltung geschehen sei. Die Frist hatte Gazprom-Chef Miller gesetzt. Am 19. September teilten wir dann Gazprom und der russischen Regierung mit, dass wir das Angebot annehmen werden, da von der BRD-Verwaltung keine Reaktion erfolgt ist. Genau eine Woche später kam es zu den Anschlägen auf beide Stränge der *Nordstream* 1 und einen Strang der *Nordstream-2-Pipelines*.

DW: Ihre Ausrufung einer deutschen Exilregierung sorgte weltweit für Aufmerksamkeit. Warum brauchen wir Deutschen derzeit eine Exilregierung, also eine legale Entität im Ausland mit Führungsanspruch?
R.N.: Wir wurden von der russischen Regierung aufgefordert, eine Erklärung völkerrechtlicher Art abzugeben, wonach wir für Deutschland und nicht etwa für die BRD verhandeln. Letzteres wäre ja auch Amtsanmaßung. Also habe ich die entsprechende Erklärung in einem Flugzeug im internationalen Luftraum über dem Kaspischen Meer abgegeben. Wir werden die Exilregierung für Deutschland als völkerrechtliche Vertretung solange aufrechterhalten, bis nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker die deutsche Bevölkerung in Deutschland wie im Potsdamer Abkommen vorgesehen, die volle Souveränität mithilfe einer in freier Selbstbestimmung geschaffenen Verfassung erlangt hat und sich in freien Wahlen eine Regierung gewählt hat, die dann Deutschland vertritt und einen Friedensvertrag verhandelt, damit dann endlich das Potsdamer Abkommen, die S.H.A.E.F.-Gesetze [Militärgesetzgebung in der BRD seit 1945, red.] und der Zweite Weltkrieg ad acta gelegt werden können.

Im Übrigen hatte mir Bundeskanzler Kohl in Moskau am 11. Februar 1990 genau diesen Satz auf meine Frage in die Kamera gesprochen: »Wir werden eine Verfassung zu schaffen haben.« *ARD* und *ZDF* hatten es so gesendet. Damals fragte ich noch den Präsidenten der UdSSR, Michail Gorbatschow, ob der Bundeskanzler ihm dies auch so gesagt habe und dieser antwortete bejahend und meinte, er hätte als Sowjetunion auch einen Friedensvertrag angeboten, aber das wollten wohl die Amerikaner nicht, fügte Gorbatschow hinzu.

DW: Die Zerstörung der Versorgungsleitungen für unsere Heizung in der Ostsee durch die USA unter möglicher Beteiligung Großbritanniens löst weltweit Empörung aus. Den Deutschen steht ein Winter mit ausfallender Produktion und ein Februar 2023 mit landesweit unbeheizten Häusern bevor. Sie erwähnten, Sie haben die Wiederaufnahme von Erdgaslieferungen aus Russland nach Deutschland verhandelt. Warum taten Sie dies?

R.N.: Wir haben das Interesse und Wohl Deutschlands im Auge, und wir wissen, dass wir ohne die Gaslieferungen aus Russland einen desaströsen Einbruch der deutschen Wirtschaft erleben werden, der unser Land deindustrialisieren wird wie nach einem Krieg. 1945 gab es zwei Szenarien, erstens den Morgenthau-Plan, der genau das bedeutet hätte, zweitens den Marshall-Plan, der die BRD wieder wirtschaftlich mitaufbaute, und den ulkigerweise die EU-Kommission jetzt für die Ukraine vorschlägt, derweil nun für Deutschland nur der Morgenthau-Plan vorgesehen zu sein scheint. Wir sind aber nicht bereit, das hinzunehmen und haben die Europäische Hanse für Gas- und Energie gegründet, die vertreten durch die Exilregierung für Deutschland die Gaslieferungen aushandelt und abwickelt, damit es gerecht zugeht wie nach dem Allmendegedanken: Alle profitieren, niemand macht Profit.

DW: Darauf hätte doch auch Scholz kommen können?
R.N.: Die BRD-Verwaltung kann das nicht bewerkstelligen, weil sie von den USA und Großbritannien als Vasallenstaat behandelt wird. Ich hatte bei Alexej Miller sogleich für Frankreich, Italien, Belgien, Luxemburg und die Niederlande mitbestellt, und hatte diese Woche in Paris einige Gespräche in der Sache geführt, damit wir wie 1952 eine Montanunion schließen, auf der sich durch die Initiative von Robert Schuman, Charles de Gaulle und Konrad Adenauer 70 Jahre Frieden und Wohlstand in den Mitgliedsstaaten ausbreiteten. Wir sollten uns auf diese Ideale der damaligen Zeit besinnen und nicht ein bürokratisches EU-Monster weiter füttern, das eben nicht demokratisch, friedlich und freiheitlich daherkommt, sondern »größenwahnsinnig«, wie Helmut Schmidt in Bezug auf die EU-Kommission in der Ukraine-Frage 2014 bemerkte.

DW: Die Deutschen leiden wie noch nie seit 1949 wieder unter der Besatzung durch amerikanische und britische Truppen sowie unter den Medienfunktionären und Regierungseinrichtungen der Nato. Kann es einen friedlichen Weg aus der angloamerikanischen Unterwerfung unseres Landes geben?
R.N.: Ja, selbstverständlich. Die Demokratiebewegung hat hier bereits viel erreicht und muss noch intensiviert werden. Ohne den Druck der Straße, die friedlichen Demonstrationen und den zivilen Widerstand auf allen Ebenen wird es nichts werden, aber wir sind auf einem guten Weg und können über diesen Hebel endlich das vollenden, was 1989 steckengeblieben ist: Nach Artikel 146 Grundgesetz eine Verfassung für Deutschland, die Entnazifizierung nach Artikel 139 Grundgesetz abschließen, souverän und frei werden, damit wir für Deutschland einen Friedensvertrag erhalten.

DW: Millionen Deutsche haben seit Ausrufung der Coronakrise im März 2020 das Land verlassen, darunter Ärztinnen, Journalisten, Anwälte, Universitätsprofessoren. Was raten Sie der verbliebenen Demokratiebewegung in der BRD?
R.N.: Ich bitte alle zurückzukommen, denn ohne diese Menschen ist es nicht möglich, eine neue Gesellschaft aufzubauen. Man sollte nicht nur an sein eigenes Wohlergehen denken und dann, wenn es schwierig wird auswandern. Wir werden aus Deutschland ein demokratisches, friedliches, soziales und wirtschaftlich starkes Land machen, welches seine eigene Position in der Welt findet, denn dass die alte Weltordnung gerade verschwindet und eine neue geschaffen wird, ist ja offensichtlich, aber es wird eine andere Weltordnung sein, als die von Eliten in Kalifornien, New York, Washington und Davos als NWO, als *New World Order*, erdachte. Wir müssen aufpassen, dass uns auf die Vasallenabhängigkeit von den USA nicht eine Unterwerfung unter China blüht. Scholz hat ja bereits mit dem Ausverkauf des Tafelsilbers begonnen und das Handelsblatt schrieb schon vor zwei Jahren, der »deutsche Mittelstand mache sich hübsch für China«, als die Steigenberger-Gruppe und die Benz-A-Klasse an chinesische Investoren verscherbelt wurden. Handel und Wandel müssen und wollen wir mit jedem auf der Welt treiben, aber bitteschön als souveräner Staat und auf Augenhöhe!

DW: Herr Niemeyer, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Die Fragen stellte Anselm Lenz.

»Die Besten werden mit dem Verlust der Karriere bedroht«

oder: Auch auf fernsten Inseln kein Idyll

Das Gespräch mit Dr. Sue Grey findet in Folge des Festaktes für 75 Jahre Nürnberger Kodex statt, bei dem ich sie kennenlernte. Der Kodex verbietet seit den Experimenten der Nazis medizinische Nötigung und ungefragte Eingriffe strikt. Am 19. August 2022 erinnerte unter anderen die Shoah-Überlebende Vera Sharav daran, eugenische Maßnahmen wie die Covid-Spritzen mit allen Mitteln abzuwehren. Sue Grey berichtet vom Inselstaat Neuseeland, in dem in der Sache keine idyllische Sicherheit zu finden ist.

DW: Frau Grey, welche Erfahrungen machen Sie bei der Arbeit als Rechtsanwältin mit Ärzten in Neuseeland, die sich gegen das Corona-Regime zur Wehr setzten?

Sue Grey: Auch in Neuseeland haben wir von Beginn an einige wirklich mutige Ärzte, die sich frühzeitig gegen das Regierungsnarrativ aussprachen. Doch diese Ärzte wurden von der Regierung sehr schlecht behandelt wie auch von den Gesundheitsämtern und Berufsverbänden. Jedes Mal, wenn einer unserer Ärzte offen spricht und zum Beispiel das notwendige informierte Einverständnis nennt, wie es im Nürnberger Kodex festgelegt wurde, oder die Sicherheitsmängel der Injektionen, oder alternative Lösungen wie Ivermectin, Vitamin D und Vitamin C, wurden sie sanktioniert oder verloren ihre Lizenz. Das macht es nach wie vor für unsere Ärzte schwierig, ihrer Verpflichtung aus dem Nürnberger Kodex und dem neuseeländischen Gesundheitskodex, dem *Health and Disability Code*, nachzukommen. Die Besten werden mit dem Verlust der Karriere bedroht.

DW: Was bedeutet das konkret?

S.G.: Wir haben ein Impfgesetz für Covid-Bekämpfung vom Ministerium. Wenn Gesundheitsmitarbeiter nicht diese Impfung an sich selbst vergenommen haben, dürfen sie nicht arbeiten. Unsere Krankenhäuser stehen unter Druck, weil nicht mehr genügend Ärztinnen, Schwestern und Mitarbeiter da sind. Weil sich eben viele nicht diese Impfung verabreichen ließen oder beim *Boostern* ausstiegen. Es ist also einmal das Problem, dass wenn sie sich nicht impfen lassen, sie suspendiert werden. Und andererseits, dass wenn sie ihre medizinischen Bedenken offen aussprechen, sie ebenfalls ausgeschlossen werden. Und manche fehlen ganz einfach, weil sie Impfschäden erlitten haben.



Die Rechtsanwältin Dr. Sue Grey kämpft mit Ärzten in Neuseeland gegen die Corona-Terroragenda. Foto: DW/Lenz

DW: Können Sie als Anwältin etwas für sie erreichen?

S.G.: Manche ziehen vor Gericht, um das Verhalten der Gesundheitsbehörden anzufechten. Die Gerichte stimmten dem Kläger in der Regel zu und nahmen die Suspendierung, also den Ausschluss von der Arbeit und der Praxis, zurück, erklärten sie für ungültig. Normalerweise ist die Sache damit durch. Doch dann führten die Gesundheitsbehörden wieder dasselbe durch und suspendierten erneut. Ohne Prozess, ohne Konsistenz, ohne Vorhersehbarkeit. Unglaublich! Leider ist es kompliziert und teuer, in Neuseeland vor Gericht zu ziehen. Einige gaben dann auf. Wir haben die besten Leute dadurch in den Krankenhäusern verloren.

DW: Wie steht es um den Widerstand in Neuseeland?

S.G.: Zu Beginn tat das Volk einfach, was die Regierung sagte. Aber seit etwa Mitte 2021 sagten mehr und mehr Menschen: »Das ist nicht richtig!« Aber es hat eine ganze Weile gedauert. Im Februar 2022 zog ein riesiger Demonstrationszug aus dem ganzen Land vor unser Parlament und besetzte es für 23 Tage. Das war fantastisch mit Wohnmobilen, Zelten, Lastwägen und einem riesigen demokratischen Festival. Doch dann kamen Polizeitruppen und zerstörten alles. Einem 73-jährigen Freund von mir wurde von einem Polizisten die Hüfte gebrochen, als er gestoßen wurde. Im Krankenhaus war aus bekannten Gründen Unterbesetzung, so dauerte es drei Stunden, bis der Krankenwagen kam. Doch die Polizei ließ diesen nicht durch. Dies und die gesamte Demonstration waren ein großer Wendepunkt bei der öffentlichen Aufmerksamkeit. Alle sahen die Aufnahmen im ganzen Land, weil es sich über Internetvideos verbreitete. Aber die Konzernmedien sendeten einfach weiter, was die Regierung hören und sehen wollte.

DW: Wenn sich die Regierung so menschenfeindlich verhält, was können Sie als Anwältin noch tun?

S.G.: Es wäre einfacher, wenn wir eine echte geschriebene Verfassung hätten. Wir haben den *New Zealand Bill Of Rights Act*, der zwar dazu auffordert, international kodifizierte Menschen- und Grundrechte einzuhalten. Doch wenn man den für Klagen heranzieht, haben die Richter Angst, dem Willen der Regierung nicht nachzukommen. Auch unsere Richter sind nicht wirklich unabhängig, sie werden von der Regierung bestimmt. Aber im Mai 2021 gelang mir ein erster Sieg gegen die Pfizer-Substanz, weil diese per Gesetz nur gegen eine begrenzte Anzahl an Menschen eingesetzt wurde. Doch dann änderte die Regierung die Notstandsverordnung und hob die Begrenzung auf. Das ist frustrierend. Es braucht also Mandanten, die den Willen, die Geduld und das Geld haben, sehr lange Rechtswege zu gehen und niemals aufzugeben.

DW: Frau Rechtsanwältin Grey, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Die Fragen stellte Anselm Lenz.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren von der DW - Zeitung

Ich bin begeisterte Leserin Ihrer etwas anderen Zeitung. die Artikel und Infos sind extrem wichtig, um das politische Weltgeschehen besser einordnen zu können.

Über Lauterbach "Der Narzist" wurde sehr viel geschrieben, er soll in der Vorstandschaft der Röhnkliniken unter Ulia Schmidt fürs Gesundschrumpfen sehr viel Geld kassiert haben. Vorausgesetzt der Richtigkeit, fände ich es gut, das auch im Text zu finden.

In der Bezahl - Presse wird nur noch unwichtiges Zeug gedruckt, um die Leser dumm und leise zu halten. Ich vermisse Zahlen über Zuwanderung und aus welchen Ländern und die Kosten dazu ! Nach dem Polizei - Video vom Ahrtal.......wo bleibt die Staatsanwaltschaft und erhebt Anklage ?

Laut EU - Beschluss sollen Nordstream 1 und 2 nicht mehr in Betrieb gehen, stimmt das und darf die EU darüber bestimmen ? ?

Habe im Netz gelesen, der Bundesrat soll Covid 19 von der Liste der schlimmen Seuchen gestrichen haben. Stimmt das ?, sind dann Maßnahmen überhaupt noch gesetzlich zu vereinbaren ? ?

Was wird im Parlament beraten, bzw entschieden (also nach Parteibuch abgesegnet) ? ?

Ich wäre Euch sooo dankbar für einen Wochen - Überblick immer in Eurer wertvollen Zeitung, was in unserm Land, in der EU und in der ganzen Welt geschieht und denke, dass das alle Leser brennend interessiert.

Danke für Eure Beiträge, davon lebt eine wehrhafte Demokratie....

Herzlichen Dank, dass es mutige Menschen, wie Euch gibt.....

Ich bedanke mich für's Lesen und hoffe dass ein Wochen - Überblick in Ihrer DW-Zeitung Zuspruch findet und möglich ist.......

mit freundl. Grüßen aus Taufk. bei München

Demokratischer Widerstand
K.D.W. e.V.
PF 35 02 16
10 211 Berlin

Sehr geehrte Damen u. Herren,

folgender Leserbrief von mir:

Bitte beantworten Sie mir und anderen Lesern Ihrer Zeitung warum die Statistik über die Sterberate in Deutschland im Vergleich zu den Vorjahren seit der Ausgabe N° 106 nicht mehr enthalten ist?

Für viele Leser u. mich war diese Statistik wichtig um die weitere Entwicklung ablesen zu können.

Besten Dank für Ihre Mühe.

Mit freundlichen Grüßen

[illegible]



Dresden 29. Oktober 2022 Foto: Georgi Belicki

AUF DEM SCHIRM

t.me/DemokratischerWiderstandTelegram

instagram.com/demokratischerwiderstand

facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung

youtube.com: Demokratischer Widerstand

Fortsetzung vom Titel

»NUDGING«

Diese Vorbereitung beginnt allerspätestens mit dem Putsch auf dem Maidan in Kiew, 2014, wenn man nicht den Informationskrieg seit den 1990er- Jahren dazurechnen möchte. Letztlich war es von Anfang an das Ziel der Nato, »*to keep the Russians out, the Americans in, and the Germans down*«, in den Worten des ersten Generalsekretärs, Lord Ismay, übersetzt, die Russen draußen halten, die Deutschen unten, die Amerikaner drinnen (auf dem europäischen Kontinent und generell; red.).

Verleugnung der Realität, der realen Zusammenhänge, ist das Grundprinzip der Kriegspropaganda. Nur wenn man die eigene Vorbereitung zum Krieg verleugnet, kann man die Behauptung aufrechterhalten: »Wir wollen keinen Krieg. Schuld ist der andere. Er ist der Angreifer. Wir verteidigen uns lediglich gegen ihn, einen bösartigen, hinterhältigen, kriegssüchtigen Feind, wir verteidigen die Freiheit, die Demokratie, gegen die Autokratie, solidarisch mit den Hilflosen.«

MACHT STELLT SICH ALS WILLE DER BEHERRSCHTEN DAR

Welche Freiheit wird damit verteidigt, wenn man dazu selbst auf die Mithilfe von Autokratien wie Katar oder Saudi-Arabiens angewiesen ist – um von dort Öl und Gas (zu einem viel höheren Preis) einzukaufen, das man sich selbst durch den Boykott Russlands ausgeschlagen hatte. Auch das eine Verleugnung: Nicht sehen zu wollen, dass man sich dabei selbst mehr schadet als dem Boykottierten. Aber wer weiß, vielleicht handelt man gar nicht im eigenen Interesse, sondern im Auftrag eines anderen.

Immer mehr deutsche Unternehmen bauen ihre Präsenz in den Vereinigten Staaten aus zum Nachteil von Produktionsstandorten in der Bundesrepublik. *German Foreign Policy* berichtet: »Die aktuell hohen Energiepreise stellen die Fortexistenz energieintensiver Fabriken in Deutschland in Frage; es droht die Verlagerung ins Ausland – insbesondere in die USA, wo die Energiepreise erheblich niedriger sind. Die Reindustrialisierung der Vereinigten Staaten ginge dann mit der Deindustrialisierung Deutschlands einher« (German-Foreign-Policy.com, 4. November 2022).

Der Widerspruch zwischen Absicht und Ergebnis der Boykottmaßnahmen löst sich auf, wenn man das Ergebnis der Boykottmaßnahmen als Teil des Plans zum »Umbau der Gesellschaft« sieht, wie ihn Klaus Schwab im »Great Reset« (wörtlich: großes Zurücksetzen, red.) entworfen hat. Es nicht zu tun, wäre Verleugnung – der seit Jahrzehnten vertretenen amerikanischen Geostrategie.

Die Verleugnung der Realität nimmt viele Formen an: von allen Formen der Lüge, der falschen Behauptung, der Verkehrung ins Gegenteil, der Diffamierung der Gegenposition als unsolidarisch, unmenschlich, egoistisch, machtbesessen bis hin zum Verschweigen.

Die Formen der Verleugnung sind nicht nur die Prinzipien der Kriegspropaganda, sondern des Diskurses der Macht überhaupt, jener medial vermittelten Gehirnwäsche, zu der die Bevölkerung tagtäglich eingeladen wird: das entscheidende Mittel der Herrschaft. Jener Herrschaft, die sich nicht in offener Gewaltausübung bloßstellen will, sondern sich als den Willen der Beherrschten darstellt. Sie wirkt nicht – oder nur im Grenzfall – durch Drohung, Befehl oder Vorschrift, sondern vielmehr durch »Überzeugung«, durch Behauptung, Belehrung, durch »Zeigen« – durch die Register des Redens – und des Verschweigens, Versteckens, einfach dadurch, dass man in den Diskurs einsteigt und sich gemäß seiner Regeln in diesem Diskurs bewegt (siehe Michel Foucault).

Wenn Verhaltensforscher heute von »*nudging*« sprechen, meinen sie genau das; sie versichern, es ginge dabei nicht darum, Menschen »durch strenge Regeln in eine bestimmte Zielrichtung zu schubsen, sondern sie in einem Verhalten zu unterstützen, das sie eigentlich gerne machen wollen« (Lucia Reisch vom Leibniz-Institut für Präventionsforschung und Epidemiologie).

Für die Beherrschten bietet die Verleugnung die Möglichkeit, ihr Beherrschtsein selbst zu verleugnen: Deshalb steigt man in den Diskurs der Macht bereitwillig ein, übernimmt die Fiktion der Kompetenz: »Ich kann das, was ich soll, also will ich das!« – die Maske aufsetzen, den Abstand zum anderen einhalten, ihn als gefährlich definieren, »Solidarität« – mit den Herrschenden und auf diese Weise ein anerkanntes Mitglied der Gemeinschaft zu sein.

VERLEUGNUNG DES BELOGEN-SEINS

Wir sehen hier das Phänomen der »Klassenpsychologie« (Peter Brückner): Die Bedeutung des Unterschieds von welcher gesellschaftlichen Position aus Verleugnung eingesetzt wird, beziehungsweise auf deren Einsatz folgt. Das ist weniger eine Frage von »bewusst oder unbewusst«, davon ob Politiker ihren Lügen »glauben« oder nur so tun als ob, sondern: Die Verleugnung des Politikers ist das Angebot (*nudge*) an den Belogenen, so zu handeln, als ob er die Lüge als eigene Begründung seines Handelns übernehme (Rationalisierung). Auf beiden Seiten kann die Verleugnung ein »So-tun-als-ob« kaschieren, ein Verhalten zeigen, so als ob sie es »eigentlich gerne machen wollen«. Und auf das Verhalten kommt es den Herrschenden letztlich an.

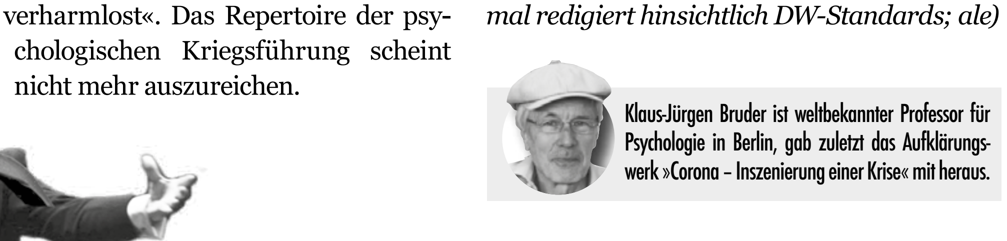
Mit dem Krieg hat sich der Ton des Diskurses der Macht verändert. An die Stelle der »Unterstützung« des Verhaltens der Bevölkerung, das »sie eigentlich gerne machen wollen« ist die Drohung getreten. Steinmeier kündigt in seiner präsidentiellen Ansprache vom 28. Oktober »raue« und »harte« Jahre an. Die Sanktionen seien »alternativlos«, die Bürger sollten gefälligst nicht jammern, denn »Energie mag teurer werden, aber Freiheit ist unbezahlbar«.

So autorisiert Steinmeier sich, die Militarisierung der Gesellschaft voran zu treiben: »Wir brauchen den Willen zur Selbstbehauptung und auch die Kraft zur Selbstbeschränkung«, »Widerstandsgeist und Widerstandskraft«, eine entsprechend ausgestattete Bundeswehr und eine »Gesellschaft, die ihr den Rücken stärkt«. Gleichzeitig hatte – acht Tage vorher – der Bundestag die Verschärfung des Paragraphen 130 des Strafgesetzbuches (StGB) gegen »Volksverhetzung« beschlossen, die erlaubt, denjenigen zu verfolgen, der »Kriegsverbrechen« »billigt, leugnet oder gröblichst verharmlost«. Das Repertoire der psychologischen Kriegsführung scheint nicht mehr auszureichen.

Gleichwohl ist Verleugnung weiterhin im Spiel. Alle Definitionsmerkmale des Straftatbestands sind offen für Interpretation und damit abhängig vom Stand des Diskurses der Macht. Während der Corona-Pandemie-Inszenierung war »Verleugnung« als Straftatbestand in eine Reihe mit dem der Holocaustverleugnung gestellt worden. Damit war Kritik an der Inszenierung strafrechtlich sanktioniert. Dasselbe ist nun mit der Kritik an der Haltung der Wertegemeinschaft inklusive Deutschlands gegenüber dem Krieg möglich, und zwar in gesteigertem Ausmaß, indem man diese Kritik als Verleugnung, Verharmlosung oder gar Billigung von »Kriegsverbrechen« – und zwar einseitig auf russischer Seite – verurteilt.

Und wenn andererseits Frau Annalena Bärbock (Bündnisgrüne), Mitglied in den wichtigsten »transatlantischen« Netzwerken wie WEF und German Marshall Fund, scheinbar ungeschützt verkündet: Ihr Opa habe 1945 an der Ostfront die Freiheit Europas gegen die heranrückende Rote Armee verteidigt, so leistet sie sich zwar eine für eine deutsche Außenministerin unerhörte Provokation, die zugleich unter den Straftatbestand der Verharmlosung des Nazi-Krieges fallen müsste, mit der sie aber gleichzeitig davon ablenkt, in welchem Auftrag sie handelt.

Auch wenn sich mit dem Krieg der Ton des Diskurses der Macht verschärft hat, auch wenn an die Stelle der »Unterstützung« des Verhaltens der Bevölkerung die Drohung getreten ist, so bleibt immer noch wichtig, die Bevölkerung zu gewinnen, und sei es nur, zur Duldung der Politik, des politischen Handelns der Herrschenden, sind die Psychologen in der Regierungsberatung immer noch wichtig – auch die Strafe hat ihre »psychologischen« Wirkungen – schließlich geht es, wie Lucia Reisch bereits für die Corona-Pandemie Inszenierung klarstellt, um das »Erlernen neuer Gewohnheiten«. Wir sind also als Psychologen gefordert, dagegen Stellung zu beziehen. *(Dieser Text ist eine offizielle Stellungnahme des Vorstands der Neuen Gesellschaft für Psychologie, NGfP, der Gesellschaft für Theorie und Praxis der Sozialwissenschaften: Professor Klaus-Jürgen Bruder, Conny Stahmer-Weinandy, Jürgen Günther. Minimal redigiert hinsichtlich DW-Standards; ale)*



Klaus-Jürgen Bruder ist weltbekannter Professor für Psychologie in Berlin, gab zuletzt das Aufklärungswerk »Corona – Inszenierung einer Krise« mit heraus.



»DIE DW-SUPER-ILLU«
Stars in der Manege: Wladimir Putin und Joseph Biden bekriegen sich vor dem Brandenburger Tor. Statt der Quadriga regiert der Masken-Imperator aus dem Epos »Star Wars«.
Illustration: DW/Ute Feuerstacke



MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

UNSER MANN IN LONDON
RESET IN DEN KÖPFEN!

Es ist nicht nur, dass BASF, der größte Chemiekonzern dieser Welt, Deutschland in Richtung China verlässt, nein, es sind die unsäglich vielen Insolvenzen von klein- und mittelständischen Unternehmen, die den Standort Deutschland am langen Ende in die Vernichtung treiben.

Und dann gibt es sogar noch Unternehmer, die denken, die Insolvenz des Mitbewerbers hülfe, die eigene Existenz zu sichern. Ja, nichts kapiert, das Ende rückt näher. Und auch Elon Musk hat genug Geld, um seine Ziele zu verfolgen, aber kein Geld, um die Armen zu ernähren. Handeln wäre angesagt, nicht reden und dann im alten Stil weitermachen. Unverständlich, wie viel Energie dann in diese Themen hineingegeben und sinnlos verschleudert wird.

Anstatt über die Wahrheiten zu reden, wird dann jetzt meistens über die notwendige Kosteneffizienz und den damit verbundenen notwendigen Einsparungen geredet. Denn es müssen ja unbedingt, um die Wirtschaft zu retten, diese unsäglichen Preiserhöhungen gedeckelt werden. An der Stelle sei die Frage an die meistens beim debattieren gezeigten Politiker erlaubt, ob sie denn glauben, dass vor dieser Zeit jemand Geld hatte, um sinnlos Energie zu verschleudern, sodass jetzt zweistellige Einsparungspotentiale zur Verfügung stünden?

Wer so denkt und spricht, muss wirklich denken, die Menschen und Unternehmer seien dumm. Und genau so denken sie wohl, diese Damen und Herren mit ihren 10.000-Euro-Abonnements. Denn sonst würden sie anders handeln und sinnvolle Entlastungspakete definieren und verabschieden. Und sie würden beginnen, Kriege zu beenden, anstatt sie durch Waffenlieferungen zu schüren und zu unterstützen. Entweder haben sie die Bibel nicht gelesen oder nicht verstanden.

Viele, vor allem Unternehmer, suchen derzeit immer noch das Gute im Wirken unserer Politiker. Bei einigen wenigen mag man das ja finden. Dabei haben gerade die letzten zwei Jahre gezeigt, wie sinnlos das überwiegend ist. Die meisten tragen nichts zur Sinfonie des Lebens bei, sie beherrschen schlichtweg das Instrument nicht, und über den Dirigenten sagt man am besten sowieso nichts. Wenn es irgendwann klingen soll, hilft uns allen nur das Üben des Widerstandes auf der Straße.

Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany*!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

ELON MUSK UND TWITTER

Der Tesla-Milliardär inszeniert sich als Retter der Meinungsfreiheit. Ist das glaubwürdig? | AUFKLÄRUNG von Ernst Wolff

Elon Musks Übernahme des Mikroblogging-Dienstes Twitter erregt weltweit die Gemüter. Die Mainstream-Medien dreschen auf ihn ein, weil er angekündigt hat, keine Zensur mehr auszuüben und sie nun eine Flut von Fake-News befürchten. Millionen von Musk-Fans dagegen feiern ihren Helden als Retter der Meinungsfreiheit.

Beide Gruppen merken offensichtlich nicht, dass sie sich mit ihrer jeweiligen Haltung zu Opfern des gefährlichsten Trends unserer Zeit machen – der Spaltung der Gesellschaft. Versuchen wir also, das Ganze einmal nüchtern zu analysieren und sehen uns zunächst an, um wen es sich bei Elon Musk handelt.

Musk ist einer der Gründer der Zahlungsplattform Pay Pal. Gegen PayPal, dessen Hauptaktionäre die Bankkozerne BlackRock und Vanguard sind, laufen zurzeit diverse Gerichtsverfahren, weil das Unternehmen Kunden betrogen und Investoren mit falschen Angaben angelockt haben soll. Musk hat 2002 SpaceX und Starlink gegründet. Starlink ist mit fast 2.600 Satelliten der mit Abstand größte Satellitenbetreiber weltweit und wird unter anderem vom korrupten Regime in der Ukraine zur Kriegsführung genutzt.

Musk ist seit 2008 CEO (Geschäftsführer, Manager) des Autokonzerns Tesla, dessen Hauptaktionäre ebenfalls BlackRock und Vanguard sind. Wer ein Elektroauto von Tesla kauft, akzeptiert, dass der Wagen Fahrdaten in die Cloud (die Datenwolke) des Herstellers hochlädt. Wer dieser Datenerfassung durch Veränderungen am Fahrzeug entgehen möchte, erhält von den Tesla-Anwälten eine Abmahnung wegen Lizenzverletzung.

Musks Unternehmen Tesla, SolarCity und SpaceX haben allein bis 2015 fast 5 Milliarden Dollar an staatlicher Unterstützung erhalten. Musk ist also kein Gegner, sondern Partner und Profiteur des Staates. Musk hat 2008 die Ausbildung zum Young Global Leader (junger Globalführer) im Rahmen des World Economic Forum absolviert, das die »öffentlich-private Partnerschaft« weltweit vorantreibt.

Musk hat 2016 die Firma Neuralink gegründet. Deren transhumanistisches Ziel besteht in der Entwicklung eines Gerätes zur Kommunikation zwischen dem menschlichen Gehirn und Computern, einem sogenannten Brain-Computer-Interface. Musk, ein großer Bewunderer des wirtschaftlichen Fortschritts in China, hat im Oktober 2022 vorgeschlagen, aus Taiwan eine »Sonderverwaltungszone« unter chinesischer Herrschaft zu machen.

Dies sind nur einige Informationen zum Wirken eines Mannes, der es wie kaum ein anderer versteht, sich als jemand zu inszenieren, der gegen den Strom schwimmt und der versprochen hat, Twitter zu einem »Marktplatz der Redefreiheit« zu machen. Dieses Versprechen ändert allerdings nichts an der Tatsache, dass die Entscheidung darüber, wer was sagen und schreiben darf, zukünftig allein in seinen Händen liegt.

WAS ABER STEHT ÜBERHAUPT HINTER MUSKS ENTSCHEIDUNG, TWITTER ZU ÜBERNEHMEN?

Ganz offensichtlich der Plan, Twitter auch zu einem Finanzdienstleister zu machen und über ihn eine Privatwährung herauszugeben und damit einen ganz neuen Geschäftszweig zu eröffnen. Musk hat bereits 2017 die Domain X.COM, die 2002 im Zuge der Übernahme durch PayPal stillgelegt wurde, zurückgekauft und angekündigt, Twitter zahlungspflichtig zu machen.

Auf diese Weise erhält er das, was ihn am meisten interessiert, nämlich die Daten seiner User. Was die erwartet, hat PayPal gerade erst gezeigt: Das Unternehmen hat seinen Kunden im Oktober 2022 mitgeteilt, dass sie im Falle der Weiterverbreitung von Fehlinformationen mit Strafen bis zu 2.500 Dollar, Kontensperrungen von bis zu 180 Tagen und sogar mit dem Einbehalten ihres gesamten Guthabens rechnen müssen.

WAS BEDEUTET DAS ALLES?

Nicht mehr und nicht weniger, als dass mit der Diskussion um das Thema Redefreiheit ein Scheinkonflikt entzündet wurde, der – ähnlich wie die große Gesundheitskrise der vergangenen Jahre – hervorragend dazu beiträgt, die Weltöffentlichkeit von den wichtigsten Vorgängen im Hintergrund abzulenken – der immer höheren Konzentration von Geld und Daten in immer weniger Händen und der Unterordnung von uns allen unter den digital-finanziellen Komplex. (Dieser Artikel wurde von DW mit freundlicher Genehmigung des Autors übernommen von *apolut.net*)

Deutsche monatlich gemessene Außenhandelsbilanz im Vergleich der Jahre. Quelle: Ruptly/Blomberg

MELDUNG

ALGERIEN WILL ZU BRICS

Algier/DW. Nach Argentinien hat nun auch Algerien laut Meldungen vom 7. November die Aufnahme in die Brics-Wirtschaftsgemeinschaft von Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika beantragt. Weitere Beitrittsländer sollen sich laut chinesischer Erklärung vom 7. November in die Kandidatenliste einreihen.

Mit dem Verlassen der erweiterten Dollarzone würde das »Hinterland« der angloamerikanischen Welthegemonie mit weiten Teilen der Rohstoffreserven der Erde noch weiter beträchtlich schrumpfen. Das Corona-Regime markierte und überlagerte den Zusammenbruch des rettungslos verschuldeten US-Finanzkapitalismus und die faktische Pleite der USA (vgl. #DW1 bis #DW110). (ale)

MACRON MIT ZWANGSARBEIT

Dünkirchen/DW. In Frankreich wird die Produktion teilweise nur noch mit Zwangsarbeit aufrechterhalten. Laut Meldung der französischen Gewerkschaft CGT sind drei streikende Arbeiter einer Raffinerie in der nordfranzösischen Hafenstadt Dünkirchen im Oktober durch Emmanuel Macron polizeilich zwangsrekrutiert worden, um an einem Donnerstagnachmittag für 12 Stunden am Stück die Arbeit wiederaufzunehmen.

Den rund 5.000 Arbeitern der Konzerne Esso-Exxon-Mobil und Total-Energies drohte der französische Präsident Emmanuel Macron erneut gesetzliche »Requisition« an, also Zwangsrekrutierung. Die Arbeiter hatten sich drei Wochen im Ausstand befunden, um Inflationsausgleich zu erwirken. (ale)

USA PLÜNDERN BESETZTE BRD AUS

Berlin/DW. Auch das Magazin »Informationen zur deutschen Außenpolitik« (*german-foreign-policy.com*) stellt am 4. November 2022 fest: Die USA greifen die Deutschen gezielt an. »Die aktuell hohen Energiepreise stellen die Fortexistenz energieintensiver Fabriken in Deutschland in Frage; es droht die Verlagerung ins Ausland – insbesondere in die USA, wo die Energiepreise erheblich niedriger sind.

Die Reindustrialisierung der Vereinigten Staaten ginge dann mit der Deindustralisierung Deutschlands einher«, so das Online-Magazin. Zuletzt hieß es, die USA wollten dieVolkswagen-Produktionsanlagen in Wolfsburg abbauen und die überlegene Technologie (zum Beispiel Spaltmaße) in die USA verschiffen. Am 26. September hatten US-Einheiten möglicherweise mit Beteiligung englischer Truppen die Versorgungsleitungen für Fernwärme *Nordstream* 1 und 2 in der Ostsee gesprengt (vgl. #DW106 und #DW107). Deutschland ist seit 77 Jahren ein besetztes und unterworfenes Land. (ale)



»Die Welt braucht Lula.« Auf dem Chrysler-Gebäude in New York wurde am 29. und 30. Oktober per auf die Fassade projizierter Schrift der Wahlsieg Lula da Silvas gefordert. Foto: DW

Uneinigkeit in Brasilien

Nach der Wahl Lula da Silvas herrscht Chaos. | BERICHT von Felix Feistel

Mit 50,9 Prozent der abgegebenen Stimmen hat Luiz Inácio Lula da Silva (77, Arbeiterpartei PT) die Stichwahl um das Amt des Präsidenten in Brasilien gewonnen. Der Amtsinhaber Jair Bolsonaro konnte demnach 49,1 Prozent der Stimmen auf sich vereinen.

Die Wahlbeteiligung lag am Wahltag 30. Oktober mit rund 80 Prozent der Wahlberechtigten vergleichsweise hoch. Im ersten Wahlgang war da Silva noch auf 48 Prozent gekommen, Bolsonaro auf 43. Nun wurde der ehemalige Präsident Lula da Silva, der bereits von 2003 bis 2010 das Amt innehatte, mit knapper Mehrheit erneut gewählt.

Während das Team von Lula da Silva die Übernahme des Amtes vorbereitete, war der Amtsinhaber Jaír Bolsonaro zwischenzeitlich aus der Öffentlichkeit verschwunden. Seine Anhänger hingegen protestieren in allen 26 Bundesstaaten Brasiliens gegen eine, ihrer Meinung nach, gefälschte Wahl. Die teils riesigen Versammlungen halten bis Redaktionsschluss an. Insbesondere die Lastwagenfahrer, genannt *Trucker*, eine in Brasilien mächtige Berufsgruppe, beteiligen sich bei diesen Protesten, blockierten zeitweilig Straßen und Autobahnen. Dabei zündeten sie auch Straßensperren an. Augenzeugen zufolge haben sie sich dabei mit protestierenden Bauern zusammengetan.

BEIDE KANDIDATEN WERDEN IM WESTEN ALS »POPULISTEN« BEZEICHNET

Bereits während des Wahlkampfes war es zu Auseinandersetzungen gekommen, bei denen Anhänger Bolsonaros zum Teil Schusswaffen einsetzten. So sprach sich Lula da Silva bei seiner Wahlrede für einen Frieden aus. »Es ist Zeit die Waffen niederzulegen. Waffen töten und wir haben das Leben gewählt«, erklärte er nach der Verkündung seines Sieges. Die Wahl selbst war an vielen Stellen von der Bundesstraßenpolizei (PRF), die direkt der Regierung untersteht, behindert worden.

Im Vorfeld hatte Bolsonaro sich auch über Benachteiligungen beklagt. Seine Wahlspots waren von manchen Radiostationen wegen *»Fake News«* nicht ausgestrahlt worden. Er hatte angekündigt, die Wahl im Falle seiner Niederlage anfechten zu wollen, erklärte dann aber nach tagelangem Schweigen, den Sieg Lulas zwar nicht anzuerkennen, seiner Ernennung im Sinne der Verfassung Brasiliens aber nicht im Wege stehen zu wollen. Das hält seine Anhänger jedoch nicht davon ab, weiter auf die Straße zu gehen und nach einem Eingreifen des Militärs zu verlangen, um den »Verbrecher« vom Amtsantritt abzuhalten. Lula da Silva hatte nach seiner Abwahl im Jahr 2010 einige Zeit wegen Korruption im Gefängnis verbracht. Das Urteil wurde schließlich aufgehoben. Die Umstände seiner Inhaftierung und seiner Verurteilung sind bis heute allerdings ausgesprochen fragwürdig. Der Amtsantritt Lulas ist für den 1. Januar 2023 vorgesehen. Zahlreiche ausländische Regierungen, darunter die US-amerikanische und die deutsche, beglückwünschten Lula da Silva bereits zu seinem Sieg. Schon kurz nach der Wahl hatte Lula einige Erklärungen abgegeben, wobei er Europa die Schuld für die Ukrainekrise gab. Beide Kandidaten gelten als eher nicht Nato-konform und damit im »Westen« als »Populisten«.


Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

Wahlen in den USA

Corona-Aufklärer Ron de Santis gewinnt in Florida. Kongresswahlen fallen durchwachsen für beide Parteien des umstrittenen US-Herrschaftssystems aus.

Im Vorhinein hatte das Weiße Haus erklärt, die Auszählung der Stimmen könne mehrere Tage in Anspruch nehmen, was zu weitreichender Kritik aus allen Lagern, sowie Vorwürfen von Wahfälschung geführt hatte.

Am Dienstag den 8. November fanden in den USA die sogenannten *Midterm*-Wahlen statt. Dabei wurden die Abgeordneten beider Häuser des Kongresses gewählt. Umfragen, die in den Wochen vor der Wahl durchgeführt worden waren, sagten eine deutliche Mehrheit für die Republikaner voraus. Damit würde Joseph Biden ein schwierige zweite Hälfte seiner Amtszeit bevorstehen. Seine Entscheidungen im Kongress könnten gekippt werden, womit er drastisch an Macht einbüßen würde.

Ein Amtsenthebungsverfahren gegen Biden ist im Gespräch, das von einigen Republikanern im Wahlkampf angekündigt worden war. Auch die Unterstützung für die Ukraine wurde im Vorhinein seitens der Republikaner in Zweifel gezogen. Joseph Bidens Sohn Hunter könnte zudem aufgrund vielfältiger Delikte angeklagt werden.

KOMMT TRUMP ZURÜCK?

Von vielen wird außerdem eine Rückkehr des Amtsvorgängers Donald Trump erwartet, der zu den kommenden Präsidentschaftswahlen 2024 antreten will. Für den 15. November stellte dieser eine »große Ankündigung« in Aussicht. Trump wird von den herrschenden Demokraten mit allen Mitteln bekämpft. So wurde seine Villa im floridianischen Mar-a-Lago von FBI-Trupps durchsucht und eine ganze Reihe an Dokumenten sichergestellt. Zudem wurde Anklage gegen ihn erhoben. Hintergrund ist ein Gesetz, nach dem ein rechtskräftig verurteilter Kandidat zu einer Wahl nicht antreten darf.

Die erwartete »Rote Welle« blieb nach der Auszählung im Verlauf der Woche vorerst aus. Es zeichnete sich eine Übernahme des Repräsentantenhauses durch die Republikaner ab, allerdings nur mit knapper Mehrheit. Im Senat hingegen bleiben die Kräfteverhältnisse wohl unverändert. Gleichzeitig fanden in 36 der 50 Bundesstaaten die Gouverneurswahlen statt. Mit deutlicher Mehrheit wurde der republikanische Senator Floridas, Ron De Santis wiedergewählt. Dieser hatte sich durch seinen beharrlichen Widerstand gegen die Coronapolitik des Bundes hervorgetan und gilt neben Trump als aussichtsreicher Präsidentschaftskandidat für die Wahl 2024.

Schon am 6. November hat in beinahe der Hälfte der US-Bundesstaaten die vorzeitige Stimmabgabe stattgefunden. Berichten zufolge kam es dabei zu Unregelmäßigkeiten. Tausende von Stimmzetteln wurden für ungültig erklärt, vor allem dort, wo traditionell Republikaner gewählt werden. Auch während der Wahl am Dienstag kam es Berichten und Videos zufolge zu Ausfällen und Fehlern der Wahlmaschinen. Die Nachrichrenagentur Reuters bestätigte die Probleme zumindest für den Bundesstaat Arizona. Ex-Präsident Donald Trump rief daher über das von ihm gegründete soziale Netzwerk »Truth Social« (etwa: Wahrheit in sozialen Medien) zu Protesten auf.

»PANNEN GAB ES DIESMAL NUR WENIGE«

Umfragen des Senders ABC zufolge haben sich 80 Prozent der Wähler aufgrund der wirtschaftlichen Situation entschieden. Die Inflation, steigende Preise und Energiekosten wurden als die Hauptthemen der diesjährigen Wahl identifiziert. Hinzu kommt die steigende Kriminalität, die in vielen Städten die Menschen teilweise in Angst um ihr Leben versetzt.

Schon bei der Wahl Joseph Bidens 2020 hatte es massive Unregelmäßigkeiten gegeben. In manchen Bundesstaaten waren mehr Briefwahlzettel aufgetaucht, als Wähler für dieses Verfahren registriert worden waren. So hatte es in einigen Bundesstaaten wie beispielsweise Arizona, Untersuchungen der Wahl gegeben.

Die Republikaner warfen dabei den Demokraten Wahlbetrug vor, was in dem Slogan der »gestohlenen Wahl« mündete, die letztlich zum sogenannten »Sturm auf das Kapitol« am 6. Januar 2021 geführt hatte. Am Mittwochmorgen ging der Online-Blog Tagesschau.de davon aus, dass diesmal die größten Skandale vermieden worden seien, wörtlich: »Pannen gab es bislang nur wenige.« (Felix Feistel)

MELDUNG

USA MIT NEUER NUKLEARDOKTRIN

Washington/DW. Die USA haben eine neue Nukleardoktrin verabschiedet. Diese schließt einen nuklearen Erstschlag unter »extremen Bedingungen« ausdrücklich nicht aus. Schon im Oktober hatte die Nato für zwei Wochen die Verlegung und den Abwurf von Atomwaffen auf Russland in Europa geprobt (Manöver »Steadfast Noon«, etwa: »standhaft am Mittag«). Russland hat mit einem Manöver reagiert, in dem eine Antwort darauf durchgespielt wurde. Damit wurde im Oktober in Europa faktisch ein Atomkrieg geübt. (ffe)

MOSKAU WILL KEINE »SCHMUTZIGEN BOMBEN«

Moskau/DW. Das russische Außenministerium hat in einer Erklärung die Atomwaffenstaaten aufgefordert, die »globale Stabilität« zu gewährleisten und »Provokationen mit Massenvernichtungswaffen« zu unterlassen. Russland selbst halte einen Atomkrieg für unzulässig, da es in einem solchen keine Gewinner geben könne, hieß es weiter. So seien die Leitlinien der russischen Atompolitik ausschließlich defensiv. Die Erklärung erfolgt vor dem Hintergrund der Hinweise auf den Plan seitens der Ukraine, eine »schmutzige Bombe« in der Ukraine zünden zu wollen. Immer wieder wird Moskau vom Westen vorgeworfen, einen Atomkrieg zu provozieren. (ffe)

ARMENIEN UND ASERBAIDSCHAN BEENDEN KRIEGSHANDLUNGEN

Sotschi/DW. Bei einem Treffen des Aserbaidschanischen Präsidenten Ilcham Alijew mit dem armenischen Premierminister Nikol Paschinjan in Sotschi haben sich die Vertreter der beiden seit Jahrzehnten verfeindeten Länder darauf geeinigt, im Berg-Karabach-Konflikt keine Gewalt mehr einsetzen zu wollen. Die Vereinbarung fand unter Vermittlung Russlands statt. Noch im August und September war es zwischen beiden Ländern zu Kämpfen mit über hundert Toten gekommen. In Zukunft sollen »alle Streitigkeiten ausschließlich auf der Grundlage der Anerkennung der gegenseitigen Souveränität und der territorialen Integrität« beigelegt werden. (ffe)

TIGRAY UND ÄTHIOPIEN SCHLIESSEN WAFFENSTILLSTAND

Addis Abbeba/DW. Die äthiopische Regierung hat nach zweijährigem Krieg mit der Volksbefreiungsfront von Tigray (TPLF) am 2. November einen Waffenstillstand geschlossen. In einer gemeinsamen Mitteilung hieß es: »Nach zehn Tagen intensiver Verhandlungen haben [wir] ein Friedensabkommen geschlossen.« Die Parteien haben sich außerdem auf eine Abrüstung verständigt sowie darauf, Recht und Ordnung wiederherzustellen. Der Krieg hat schätzungsweise eine halbe Millionen Tote gefordert. (ffe)

DAS ENDE DER US-VORHERRSCHAFT?

US-Pfeifen im dunkeln, dunkeln Wald

Angesichts der bröckelnden US-Dominanz beschwört der Außenminister der Vereinigten Staaten die Vasallen im Westen, dass die Welt nicht ohne die Führung durch die USA bleiben darf. Die chinesische Auslandsinvestitionsbank wird indes immer attraktiver, sogar für Frankreich, England und Deutschland. | ANALYSE und KOMMENTAR von Rainer Rupp

Die in Westmedien hochgejubelte September-Offensive der Ukraine gegen das russische Militär im Donbass und im Süd-Osten der Ukraine ist seit Wochen stecken geblieben. Das macht die »Ukraine-muss-gewinnen«-Schreihälse im Westen zunehmend nervös. Was ist, wenn Russland in den nächsten Monaten den Krieg in der Ukraine gewinnt, und zwar ganz ohne Verhandlungen? Letztere hatte der Westen, vor allem Washington und London, in Hoffnung auf den schnellen Sieg der Ukraine über die Russen immer wieder verweigert.

Während der Offensive ist es dem ukrainischen Militär trotz immenser eigener Opfer an Soldaten und trotz des Verlustes von Unmengen vom Westen gelieferter Waffen nicht gelungen, auch nur einen einzigen, für den weiteren Verlauf des Krieges entscheidenden taktischen oder strategischen Vorteil zu erringen, ganz zu schweigen von der Möglichkeit, die Russen aus dem Donbass oder der Krim zu verdrängen. Stattdessen bereiten die Russen mit den zusätzlichen 300.000 Reservisten, plus 70.000 Freiwilligen mit einer Unmenge an Waffen und Material ihre eigene Offensive vor, und diesmal werden sie nicht »mit einem Arm hinter dem Rücken gebunden« kämpfen, wie sie das laut dem ex-US-Oberst Scott Ritter bisher getan haben, aus Rücksicht auf die Zivilbevölkerung im Donbass, der nun zu Russland gehört [der Autor meint die Volksabstimmungen, die in vier Regionen überwältigend eindeutig für die Zugehörigkeit zur Russischen Föderation ausfielen, red.].

RUSSLAND IST AUF DER SIEGERSTRASSE

Bei etwas vernünftigem Menschenverstand hätte sich der Westen – die USA, die Nato und die EU – ihre ständigen »die-Ukraine-muss-gewinnen«-Beschwörungen von Anfang an abschminken können. Selbst der gesamte Westen kann in dem Zustand, in dem er sich befindet, in einem konventionellen Krieg auf absehbare Zeit nicht gegen Russland gewinnen, nicht zuletzt, weil Russland in China einen engen und verlässlichen Partner hat.

Da Russland erst vor einigen Jahren die Wehrpflicht beendet hat, kann es auf einen *Pool* von 25 Millionen Männern im wehrfähigen Alter mit militärischer Ausbildung zurückgreifen. Zugleich hat Russland die Rohstoffe, die Energie und die Industrie, um diese Männer mit den notwendigen Waffen zu versorgen. Diese Kapazitäten sind weder in den US noch in Europa vorhanden und müssten erst wieder aufgebaut werden. Das erfordert sehr viel Geld und Ressourcen und dauert Jahre. Bis dahin ist der Krieg in der Ukraine längst zu Ende.

Zugleich wissen die Russen, wofür sie kämpfen und ihr Leben riskieren, während das bei den US-Soldaten, die in der 8.000 Kilometer entfernten Ukraine kämpfen müssten, nicht so sicher ist. Das trifft erst recht auf die europäischen Hilfstruppen der USA zu, die zurecht befürchten müssen, von Washington als Kanonenfutter verheizt zu werden. Die US-Nato-Truppen müssten dort zum ersten Mal ohne die gewohnte totale Luftüberlegenheit und mit unsicherer logistischer Versorgung gegen einen sehr starken, waffen- und zahlenmäßig überlegenen Gegner in einem hoch-intensiven Krieg kämpfen.

Auf sowas sind die US-Nato-Truppen überhaupt nicht vorbereitet. Sie kennen Krieg nur aus der Perspektive der haushohen Überlegenheit der US-Nato-EU-Interventionen, wo sie in den Entwicklungsländern Jagd auf schlecht bewaffnete Eingeborene machten. Für einen Krieg in der Ukraine gegen Russland sind sie in den zurückliegenden dreißig Jahren weder ausgebildet noch bewaffnet worden.

Die Frage, die sich vor diesem Hintergrund den West-»Eliten« aufdrängt, ist, wie sie in Zukunft weiterhin die Welt dominieren können, wenn die Russen den Kaiser auf dem Thron in Washington als Dilettanten ohne Kleider entlarven. Welches Land soll denn Washingtons Drohungen noch erst nehmen, wenn Russland demnächst den vom Westen hochgerüsteten, ukrainischen Rammbock militärisch vernichtend geschlagen hat, nachdem es jetzt schon den Wirtschaftskrieg gewonnen hat, der ihm vom vereinten Westen aufgezwungen worden war? Wer kann da noch vor dem Westen Respekt haben?

Laut des neoliberalen UK-Wirtschaftsmagazins *The Economist* geht es in Russland seit Mitte des Jahres wieder wirtschaftlich aufwärts. Auch der Internationale Währungsfonds hat Russland nach dem Sanktionsschock zu Beginn des Jahres inzwischen wieder positive Raten des Wirtschaftswachstums attestiert, während der Rubel zu den stärksten Währungen der Welt gehört und die Anfang 2022 hochgeschnellte Inflationsrate drastisch gefallen ist – und jetzt weit unter dem Durchschnitt der EU-Länder liegt.

Während es in Russland weder Engpässe bei Lebensmitteln noch bei Energie gibt und die Industrie und das Geschäftsleben brummen, liegt die Volkwirtschaft der Ukraine dysfunktional am Boden. Zum Überleben hängt Kiew am Finanztropf von USA und EU. Zugleich versinken die Wirtschaften der EU-Länder in einem selbstverschuldeten Strudel aus hoher Inflation, Energie- und Rohstoffknappheit, zerbrochenen Lieferketten und massiver privater und staatlicher Überschuldung bei steigenden Zinsen. Wie bei einem richtigen Strudel wird ein Entkommen aus dieser Katastrophe erst wieder möglich sein, wenn die Krise den Boden erreicht hat und die Völker die neoliberalen Desaster-»Eliten«, die das Elend der Bevölkerung sehenden Auges und willkürlich verschuldet haben, von der Herrschaft verjagt haben.

Die US-Weltmacht ruht neben ihrem riesigen Militär-Apparat auf der Dominanz der globalen Finanzmärkte. Dazu schrieb Glenn Diesen: »Die amerikanische zentrale Finanzarchitektur ist eine immense Quelle von Macht. Der Großteil des internationalen Handels wird in US-Dollar abgewickelt, die Zahlungen laufen über das Transaktionssystem Swift, bei dem die USA eine schwergewichtige Rolle spielen. Finanzierungen werden über US-geführte Investmentbanken abgewickelt, Schulden von US-Rating-Agenturen bewertet – selbst die am weitesten verbreiteten Kreditkarten sind US-amerikanische Produkte. Diese wirtschaftlichen Instrumente der Macht ermöglichen es, von Washington D.C. aus ein Imperium anzuführen – das kann enorme Handelsdefizite verwalten, wirtschaftliche Daten über die Konkurrenz sammeln, den verbündeten Ländern eine bevorzugte Behandlung zukommen lassen und die nicht befreundeten Staaten mit Sanktionen an die Wand drücken.«

Auch dieser Pfeiler der amerikanischen Macht wird zurzeit durch die intensive russisch-chinesische Zusammenarbeit untergraben. Bereits im Dezember vergangenen Jahres hatte der russische Präsident Wladimir Putin in intensiven Gesprächen mit seinem inzwischen wiedergewählten chinesischen Amtskollegen Xi Jinping Pläne für eine Rahmenordnung in der Neuausrichtung gemeinsamer internationaler Finanzfragen vereinbart, die unter dem Druck der westlichen Finanzsanktionen inzwischen recht weit und erfolgreich gediehen sind.Da ist es kein Wunder, dass die US-»Eliten« um den Erhalt der bröckelnden US-Führungsmacht bangen. So hat jüngst US-Außenminister Blinken die befürchtete Abwendung der Welt von der US-geführten »regelbasierten Ordnung« als einen möglichen Schritt in den chinesischen Abgrund beschworen. Tatsächlich stellt ein solcher Schritt eine Befreiung von der Unberechenbarkeit und Willkür des US-Alleinherrschers dar, weshalb viele Länder in der »Dritten Welt« wieder Hoffnung schöpfen und einige Länder wie die Türkei und etliche Staaten auf der arabischen Halbinsel diesen Weg bereits gehen.

DRITTE-WELT-LÄNDER HOFFEN AUF ENDE DER US-VORMACHTSTELUNG

Man dürfe nicht zulassen, dass die Welt ohne die Führung der USA bleibe, erklärte US-Außenminister Antony Blinken bei einer Veranstaltung an der US-»Elite«-Universität Stanford am 17. Oktober 2022. Gemeinsam mit seiner Amtsvorgängerin, Ex-Außenministerin Condoleezza Rice sprach er über die zukünftige Entwicklung und Bedeutung von Technologie, Diplomatie und nationaler Sicherheit und in diesem Zusammenhang ausgiebig über die Rolle Chinas.

Unter anderem sagte Blinken dort: »Rundum stehen wir in einem Wettrennen [mit China, R.R.], um – wie ich bereits aus unserer Perspektive erklärt habe – die Ära zu gestalten, die auf die Nach-Kalter-Krieg-Periode als nächstes folgt. Wie wird diese Zeit aussehen? Wessen Werte werden widergespiegelt werden? Wir haben eine einfache Entscheidung, denn die Welt organisiert sich nicht von selbst. Die USA haben die Wahl. Wenn wir uns an der Organisation nicht beteiligen und keine Führungsrolle übernehmen, bedeutet das eins von beiden: Entweder sie [die Welt, R.R.] wird von jemand anderem übernommen, vielleicht von China, und zwar nicht in einer Weise, die voll und ganz mit unseren Interessen und Werten übereinstimmt, oder – was genauso schlimm ist – niemand tut es. Dann entsteht ein Vakuum, das eher von schlechten Dingen gefüllt wird als mit guten.«

Hier haben wir sie wieder, die unausstehliche US-amerikanische Selbstverherrlichung, wonach nur die USA das Wahre, Gute und Schöne verkörpern, und dass sich die US-Oligarchen selbstlos aufopfern, um den Rest der Welt mit ihren Gaben zu beglücken, wenn nötig mit Bomben und Granaten, mit Sanktionen und Hungersnöten, mit Millionen Toten und noch mehr Verletzten und Flüchtlingen. Aber die Länder der Welt

haben längst hinter die glitzernde Kulisse der US-Oligarchen-Demokratur geschaut. Sie haben erkannt, dass die politische Kaste sich einen feuchten Dreck um die existenziell notwendigen, täglichen Bedürfnisse der Masse der eigenen US-Bevölkerung kümmert, während sie zugleich dem Rest der Welt Demokratie und Prosperität vorgaukelt.

Was der neoliberale Kriegstreiber Blinken in Stanford akademisch verklausuliert aufgetischt hat, wird in den letzten Jahren von westlichen US-Vasallen in Politik, Medien und Wissenschaft vermehrt als warnende Frage in die Länder der so genannten Dritten Welt getragen; ob nämlich der lang ersehnte, jetzt von China und Russland ermöglichte, »vermeintlich befreiende Schritt nach vorn, weg von der ordnenden Pax Americana des US-Alleinherrschers und hin zu einer multipolaren Weltordnung, nicht womöglich ein Schritt in den Abgrund ist?«

Dieses Schreckensbild wird von den Vertretern und Profiteuren der im Westen immer noch tonangebenden, aber absterbenden neoliberalen Ordnung propagiert. Aber welche Alternative kann eine multilaterale, von Brics-Staaten geführte neue Ordnung gegenüber der kriminellen, US-geführten Kriegs- und Chaosversion bieten? Kann es für die Länder der Welt überhaupt schlimmer werden, als die angeblich »regelbasierte Ordnung« der USA und ihrer Vasallen, die stets und überall auf Konfrontationskurs gegen alle Länder gehen, die sich der Ausbeuterordnung der Imperialisten nicht unterwerfen? Eine Ahnung von der im Entstehen begriffenen, multilateralen Weltordnung bietet die Struktur der von China gegründeten und insbesondere von den Brics-Staaten unterstützten »Asiatischen Infrastruktur- und Investitionsbank« (AIIB).

BRASILIEN, RUSSLAND, INDIEN, CHINA, SÜDAFRIKA (BRICS)

Ein erklärtes Ziel dieser Entwicklungsbank ist es, die bis dahin weltweit allein geltenden, von den USA und ihren neoliberalen Verbündeten aufgestellten Regeln der globalen Entwicklungsfinanzierung, das heißt den Washingtoner Konsens, auszuhebeln. Wenn die US-geführte Weltbank zum Beispiel in Afrika eine Wasseraufbereitungsanlage finanziert, dann muss sich das betroffene Land dazu verpflichten, weitere wirtschaftliche »Reformen« in Richtung Marktwirtschaft und Deregulierungen der Wirtschaft durchzusetzen, unter anderem Abbau von Schutzzöllen und Subventionen zur Entwicklung der eigenen Wirtschaft, Öffnung der eigenen Wirtschaft zur Ausbeutung durch westliche Raubtier-Konzerne, Abbau von Arbeitsschutz und Kürzung sozialer Sicherungsmaßnahmen, und so weiter.

Zugleich besteht die Weltbank in der Regel darauf, dass die neue oder die zu modernisierende Wasseraufbereitungsanlage marktwirtschaftlich arbeitet und profitabel ist und deshalb privatisiert werden muss. Das bedeutet, dass die Anlage in dem Entwicklungsland an den Meistbietenden, in der Regel an einen westlichen Konzern, für 'nen Appel und 'n Ei verhökert wird. Für die profitorientierten Wasserkonzerne muss der Preis für sauberes Wasser natürlich erhöht werden, selbst wenn dadurch ein Großteil der armen Bevölkerung von der Versorgung mit sauberem Wasser ausgeschlossen wird. Davon sind nicht nur die Entwicklungsländer betroffen, sondern auch die Armenviertel in den reichen und angeblich hochentwickelten Oligarchen-Demokraturen des Westens, vor allem in den USA. In vielen Ländern dominieren private Monopole inzwischen den Bereich der einstmals sozial ausgerichteten öffentlichen Dienstleistungen. Wer nicht zahlen kann, bleibt von der Versorgung ausgeschlossen. Selbstredend sind dadurch mehr Krankheiten und Epidemien und insbesondere eine höhere Kindersterblichkeit vorprogrammiert. Aber für Freiheit und Markwirtschaft müssen schließlich Opfer gebracht werden, wie wir alle aus den unzähligen Propagandareden westlicher Eliten in Politik und Medien wissen!

Es ist die von den USA und ihren Vasallen kontrollierte Weltbank, die im Verein mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), für die westlichen Konzerne den Weg freiräumt, um die Länder der »Dritten Welt« auszuplündern. Die dabei angewandte, neokoloniale Methode stellt eine raffinierte Verfeinerung, aber nicht weniger brutale Abwandlung des alten Kolonialismus dar. Im Unterschied zu früher ersetzen heute in der Regel Finanzinstrumente die Kanonen, obwohl auch die immer wieder zum Einsatz kommen, um den Forderungen der westlichen »regelbasierten Ordnung« Nachdruck zu verleihen.

NEOKOLONIALISMUS MIT FINANZEN UND KANONEN

Die »Asiatische Infrastruktur- und Investitionsbank« (AIIB) arbeitet ganz anders. An ihre Kreditvergabe knüpft sie keine ideologischen oder politischen Vorleistungen der Entwicklungsländer. Die souveräne Regierung eines jeden Landes entscheidet selbst. Einzige Bedingungen sind a) Transparenz, also öffentliche Kontrolle zur Vermeidung von Korruption, und b) die finanzierten Projekte müssen umweltverträglich sein.

Politische oder andere Bedingungen im Stil des »Washingtoner Konsenses« sind bei der neuen von China gegründeten AIIB-Entwicklungsbank vom Tisch. Wir notieren, dass die Privatisierung von staatlichen oder genossenschaftlichen Unternehmen keine Vorbedingung für einen Kredit ist. Auch die Abschaffung oder Abschwächung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen zum Schutz und zur Entwicklung der heimischen Wirtschaft ist keine Vorbedingung der AIIB.

So ist es kein Wunder, dass die AIIB den neoliberalen Globalisierern unter den westlichen Eliten ein großer Dorn im Auge ist. Denn die Regierungen in den Entwicklungsländern hatten plötzlich die Wahl, sich entweder für westliche Institute wie »Weltbank«, Internationaler Währungsfonds (IWF) und Asiatische Entwicklungsbank oder für die chinesische AIIB zu entscheiden. Da die Attraktivität der AIIB im Vergleich zu westlichen Institutionen klar war, galt ihr wirtschaftlicher Erfolg schon bei ihrer Gründung im Jahr 2015 als sicher, weshalb auch europäische Großbanken nicht abseits stehen wollten. Die meisten westlichen Staaten, einschließlich Frankreichs und Deutschlands und sogar Englands, beeilten sich, Mitglied dieser chinesischen Entwicklungsbank zu werden, obwohl Washington vor diesem Schritt nachdrücklich (!) abgeraten hatte.



Rainer Rupp war DDR-Spion im Nato-Hauptquartier. Seit 2000 arbeitet er als Journalist und Publizist.

Redaktionelle Anmerkung: Ob ein Leben unter chinesischer Welthegemonie langfristig besser wäre, vermag die Chefredaktion heute nicht zu beurteilen. Der Beitrag des mit seiner Fachexpertise international hochgeschätzten Autors Rainer Rupp ist ein entscheidend wichtiger Beitrag zur Gesamtbewertung der sich verändernden Situation, bei der die USA als Welthegemon wohl bereits kurz- bis mittelfristig entfallen werden. (ale)



»Das war ein Fehler, ein blöder.« In der RBB-Sendung »Chez Krömer« vom 1. November gestand der ehemalige Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) ein, dass sein Klagen gegen Bild, junge Welt und die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand falsch waren.
Foto: DW-Bildschirmfoto der Sendung mit YouTube-Untertitelung

SPAHN VS. LENZ: »POLITISCHES URTEIL STÄRKT KAMPFKRAFT«

Wie erwartet, hat die vorsitzende Richterin Nissen am mittlerweile berüchtigten Amtsgericht Berlin-Tiergarten am Montag ein zuvor feststehendes politisches Urteil verkündet (vgl. Rundbrief 530 via NichtOhneUns.de).

Weil er den berlinweit bekannten Kokainkonsum des früheren Bundesgesundheitsministers, Immobilienhändlers und Pharmalobbyisten Jens Spahn (42, CDU) bekanntmachte, wurde der Journalist Anselm Lenz (42, Gründer, Entwickler, Chefredakteur und Herausgeber der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand) am 7. November 2022 zu 90 Tagessätzen verurteilt.

Interessant ist, dass Spahn Lenz nicht etwa wegen der medizinischen Debatte anklagte (*DW* ist die weltführende Zeitung der Aufklärung des Lügenkomplotts »Corona«), sondern wegen des offenen Geheimnisses von Spahns zumindest zeitweiliger Drogenaffinität.

Wahrscheinlich ist, dass Spahn Lenz und *DW* im selben Zuge verklagte, in dem Spahn dies mit den Zeitungen *Bild* und *junge Welt* tat, weil diese den schmierigen Villen-*Deal* Spahns mit dem ehemaligen US-Botschafter Richard Grenell veröffentlicht hatten – wie auch *DW*! Nur dass *DW* noch ein weiteres »Geheimnis« lüftete, das im Falle eines Gesundheitsministers mit zweifelhafter Expertise und inmitten eines illegalen Ausnahmezustandes durchaus von dringendem Öffentlichkeitswert war und ist.

Beweisaufnahme, beantragte ZeugInnen und vorliegende Expertisen ließ die Richterin gar nicht erst zu, die offenkundig einen politisch motivierten Auftrag vollstreckte, was sie in ihrer Urteilsbegründung immerhin durchscheinen ließ.

In weiteren Instanzen wird es also um ein einziges Wort gehen – »Sucht« oder bloß häufig bezeugter Konsum? –, und also der Kokainkonsum Spahns verhandelt werden. Dieser wird auch selbst, neben vielen anderen, als Zeuge geladen werden.

Lenz folgte in seinem Schlusswort den Ausführungen seines Verteidigers Eberhard Schultz vom Haus der Demokratie und Menschenrechte und merkte an: »Sehr geehrte Juristen, Frau Vorsitzende, ihr politisch motiviertes Urteil steht bereits fest. Sie werden mich gleich zu 90 Tagessätzen verurteilen. Das ist unerheblich und geht in die nächste Instanz. Worüber Sie hier und heute entscheiden, ist einzig und allein über Ihr eigenes Verhältnis zu Grundgesetz, Menschenrecht und Nürnberger Kodex – und darüber, für wen Sie eigentlich arbeiten.«

Nach der erwarteten Urteilsverkündung der 90 Tagessätze, ertönte ein »Olé, olé« im Gerichtssaal und der Ausruf »es lebe die Revolution«. Ein Beobachter resümierte: »Dieses politische Urteil stärkt die Kampfkraft und die Opferbereitschaft! Es gibt keinen Rechtsstaat mehr und wir werden den Feind nicht auf diesem Schlachtfeld bezwingen. Aber auf allen anderen!«

Erwähnenswert schien einem anderen Prozessbeobachter, »dass der Journalistenmillionär Jan Böhmermann den türkischen Staatspräsidenten (Recep Erdogan, red.) wortwörtlich als »Ziegenficker« ehrverletzen darf, ohne irgendein Strafgeld zu zahlen« (…), »aber der Kokser Jens Spahn sich erdreistet, sich für seine im Amt ausgelebte Sucht auch noch Schmerzensgeld von Journalisten bezahlen zu lassen. Der Mann steht unter Genozidverdacht!« Weiter: »Das ist ein schwerstkrimineller Lobbyist, der wurde einfach nur ertappt!«

In der *RBB*-Sendung »Chez Krömer« hatte Spahn vor sechs Tagen eingeräumt, dass seine Klagen gegen Zeitungsjournalisten im September 2020 »ein Fehler« gewesen seien. Auch der Moderator Kurt Krömer hatte Spahn auf »Drogenprobleme« angesprochen. (ria/ale/nou)



Neues Album »Neuanfang«: Der Widerstandsschlagersänger Björn Banane und der Pianist Arne Schmitt spielten am Freitag in Berlin für die Demokratiebewegung. Heute im »Platzhirsch« in Göppingen und am 26. November in Frankfurt an der Oder (bjoern-banane.com). (ale)

DAS LAND HYSTERIA

Von Uli Gellermann

Das Robert-Koch-Institut stellt in einer Studie »eine Verschlechterung der psychischen Gesundheit der Deutschen seit Beginn der Pandemie« fest.

Diese zynische Diagnose jenes Instituts, das mit seiner Panikmache eine der Ursachen für die wachsenden Ängste ist, kann wahrscheinlich jeder mit Beobachtungen aus seinem Umfeld anreichern: Lustlos und voller Ängste beginnt für viele Deutsche der Tag; nicht wenige wollen das Land verlassen. Aus dem Arztreport 2021 ist zu erfahren, dass mehr als doppelt so viele Kinder und Jugendliche in psychotherapeutischer Behandlung sind als vor 11 Jahren. Die Stiftung Deutsche Depressionshilfe stellt in ihrem Deutschland-Barometer Depressionen als massive Folge der Corona-Maßnahmen fest.

FLUCHTORTE DER DEUTSCHEN

Die Haupt-Fluchtorte der Deutschen finden sich in der Alltagskultur: Der erfolgreichste deutsche Schlager ist die Single »Santa Maria« in einer Version von Roland Kaiser mit über 1,2 Millionen verkauften Einheiten. Die wesentlichste Verszeile des Lieds lautet »Hummnana-Hummnana«. Es handelt von einer Trauminsel auf der alle Sorgen enden und die einen glücklichen Hirntod verspricht. Die deutsche Telenovela »Sturm der Liebe« läuft seit 2005 ununterbrochen im Ersten TV und ist damit auf dem besten Wege, die Lindenstraße als erfolgreichste Fernsehserie zu überholen. Die Novela ist ein modernes Märchen mit Beziehungsgeschichten rund um das Fünf-Sterne-Hotel Fürstenhof. Das liegt dort, wo die meisten Deutschen ihren Urlaub verbringen: In Bayern. Die Mehrheitsmedien haben die Deutschen an zwei Angstketten gelegt: An die Leine der Virusangst und an die der Russenfurcht. Wer denkt, der Virus hätte ausgedient, der muss nur den Begriff »Corona« in die Suchmaschine eingeben: Man erzielt 2.840.000.000 Ergebnisse. Diese irre Zahl basiert wesentlich auf der Nennung dieses Begriffs in den Medien. Aber es gibt auch eine Hardcore-Variante der schwarzen Pädagogik: Nach wie vor müssen sich die Delinquenten der Pharma-Industrie in Bussen und Bahnen mit gesundheitsschädlichen Masken verhüllen. Deutschland ist eines der letzten Länder der Welt, in denen Masken getragen werden müssen: Die Maske ist der Einstieg in die Spritzengläubigkeit und auf das Angstmarketing will die Pharma-Industrie keinesfalls verzichten. Der deutsche Pharmamarkt belief sich 2021 auf rund 53,6 Milliarden Euro. Da zählt jeder Cent.

AN DIE ANGSTKETTEN GELEGT

Für die Russen-Panikmache ist eine Meldung der »Tagesschau« typisch. Unter der Überschrift »Ein Schlupfloch durch die Sanktionen?« findet sich dieser entlarvende Satz: »Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdogan sitzen breitbeinig vor ihren Landesflaggen und beschließen, dass die zukünftige Währung für Geschäfte zwischen Russland und der Türkei der Rubel ist.« Das Wort »breitbeinig« steht für die Körpersprache der Herrschaft. Den fremdländischen Türken mit dem untermenschlichen Russen zu paaren, zeigt die rassistische Stoßrichtung. Die »Landesflaggen« unterstreichen die ausländischen Ansprüche und der Begriff »Rubel« erschrickt all jene zutiefst, die sich bisher in der gewohnten Dollarherrschaft gut aufgehoben fühlten.

Angst ist die schönste Regierungsform für den Parlamentarismus, der Demokratie behauptet und im Ergebnis seiner Wahlen die immer gleichen Parteikonstellationen auswürfelt. Angst erzeugt jene scheinbare Freiwilligkeit, die erhebliche Kosten für polizeiliche Zwangsmaßnahmen einspart. Menschen, die nicht frieren wollen, die keine deutschen Waffenlieferungen in die Ukraine wünschen und dazu ihre Meinung öffentlich äußern, sollen vom Bundesparlament mit einem neuen Straftatbestand ruhig gestellt werden: Eine Ausweitung der »Volksverhetzung« stellt »das öffentliche Billigen, Leugnen und gröbliche Verharmlosen von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen unter Strafe, wenn die Tat in einer Weise begangen wird, die geeignet ist, zu Hass oder Gewalt aufzustacheln und den öffentlichen Frieden zu stören«. Hört sich total humanistisch an, will aber den Zweifel am Regierungskurs strafbar machen und was »öffentlicher Frieden« ist, entscheiden dann jene Richter, die in Serie Demonstranten gegen das Corona-Regime verurteilt haben.

ANGST ERZEUGT FREIWILLIGKEIT

Wer weiß, woher seine Ängste kommen, ist auf dem Weg zur Besserung: Wer erkennt, dass die Pharma-Industrie aus Ängsten ein Geschäftsmodell macht, der kann den Ausgang finden. Wer begreift, dass nicht der Russe am Krieg verdient, sondern die Rüstungsindustrie, der kann seinen wirklichen Feind avisieren. Aus der Diagnose folgen die therapeutischen Maßnahmen: Geht mit anderen an die frische Luft, in der Aktion finden sich die Selbsthilfegruppen. Wesentlich für den Heilungserfolg ist der Medienwechsel: Statt Tagesschau die »Macht-um-Acht« (Apolut.net) gucken, statt Roland Kaiser lieber die Basis-Band und statt FAZ lesen lieber... (Dieser erscheint zuerst auf rationalgalerie.de; DW-Redigat ale)

Michael Ballweg

sitzt
seit monaten schon
ein in stammheim

ohne verhandlung
ohne urteilsspruch

er habe
lautet der haftgrund
schenkungen
zweckwidrig verwendet

schenkungen „die er für Zwecke von Querdenken
– also für Kritik an den Maßnahmen
der Bundesregierung und der Landesregierungen
– erhalten hat"

falls dem so ist
dass Michael Ballweg
schenkungen für die kritik
entfremdete ihrem zwecke

? warum dann danken ihm nicht
die regierungen des bundes und der länder
verleihen das bundesverdienstkreuz
wenn mit dem gespendeten geld
wenn es denn stimmen würde
er keine kritik übt
an den regierungen sondern
davon diese vielmehr verschont hat

? kann jemand erklären
dass Ballweg sitzt
so der haftgrund
weil er die mächtigen
verschont haben soll
mit der kritik
von dem gespendeten geld

? oder sitzt er
weil er der kritiker ist
weil mit dem geld
er für jene eine gefahr ist
die er entlarvt

? oder entlarven diese
sich selbst
indem sie den kritiker
wegsperren

wie auch zuvor
schon gesperrt worden sind
Ballwegs kanal auf Youtube
seine konten und gruppen
auf Facebook

merke: die medien
staat und justiz
big pharma und die digitalen
der virenschwätzer
Christian Drosten
sehn sich bedroht

statuieren exempel
auf törichte weise
wie üblich bei diktatoren

! freiheit für Ballweg

Rudolph Bauer



CLAUDIA ROTH UND DIE INSCHRIFT

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Michael Schuch

Da hatten die beiden Apostel es doch gewagt, einen gelähmten Mann zu heilen. Und nun mussten sie sich für diese Wohltat vor dem Hohen Rat rechtfertigen: »Aus welcher Kraft oder in welchem Namen habt ihr das getan?«

Petrus antwortet: »Es ist in keinem andern Heil, ist auch kein anderer Name den Menschen gegeben, denn in dem Namen Jesu, zur Ehre Gottes des Vaters.«

Dieser Vers bildet den ersten Teil eines goldenen Spruchbandes an der Kuppel des nachgebauten Berliner Stadtschlosses, das König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen (1795 bis 1861) dort hatte anbringen lassen. Wie man hört, ist diese Inschrift der amtierenden Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne) schon seit längerem ein Dorn im Auge: ein »Dominanzanspruch, der einfach nur abschreckend wirkt«.

Wie fürsorglich von Frau Roth, uns im öffentlichen Raum vor »religiösem Terror« schützen zu wollen! Zumindest wenn es um den des christlichen Glaubens im eigenen Land geht. Der Herrschaftsanspruch des Islam, der sich im Ruf des Muezzins öffentlich in Köln manifestiert, stört sie nicht. Und bei ihrem Besuch im Iran 2015 folgte sie wohl auch nur dem Gebot der Toleranz und Weltoffenheit, als sie sich freiwillig ein Kopftuch umband – in einem Land, in dem Frauen der Zwangsverschleierung unterworfen sind.

Die Phrase »in dem Namen Jesu« wird im zweiten Teil der Inschrift wiederholt, mit der Aufforderung, die »Knie zu beugen« – vor Gott. Beide Verse sind geeignet, das eigene Weltbild in Frage zu stellen. Wie groß aber muss die Betroffenheit sein, wenn Frau Roth sich nun qua Amt das Recht herausnimmt, ein unliebsames Bibelzitat zeitweise unsichtbar zu machen? Wir dürfen gespannt sein, welche Parolen sie in ihrem Namen, ich betone, in ihrem eigenen Namen, unters Volk bringen will!

Das technisch aufwändige Kunstprojekt der temporären Überblendung sieht vor, bei Dunkelheit andere Texte sichtbar werden zu lassen. Bei Dunkelheit – das erinnert mich an Hiob 38,2: »Wer ist's, der den Ratschluss (Gottes) verdunkelt mit Worten ohne Verstand?«

Der Autor hat diesen Text für die DW-Ausgabe Nr. 111 geschrieben – Ehre sei dem Dreieinen Gott! (youtube.com/c/Antipas1)

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



World Economic Forum:
Die Weltmacht im Hintergrund

Ernst Wolff
Klarsicht
978-3985842315



Die Zeitung.

Jakob Julius David

Limbus
978-3-99039-222-5



Nein. Ein Manifest.

Eric Jarosinski

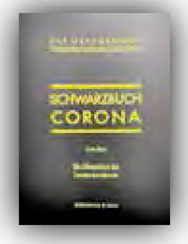
S.Fischer
978-3-10-002389-6



Schöne Neue Welt 2030.
Vom Fall der Demokratie...

Ullrich Mies

Promedia
978-3853714911



Schwarzbuch Corona.
Die Erkenntnisse des
Corona-Ausschusses
Tamara Ganjalyan,
Uli Gellermann (Hgg.)
Sodenkamp & Lenz
978-3-9822745.1-5



Sexuelle Marktwirtschaft.

Ernest Bornemann

Fischer/Promedia
3-596-12026-8



Faktencheck 9/11.
Eine andere Perspektive...

Paul Schreyer
Homilius
978-3-89706-430-0



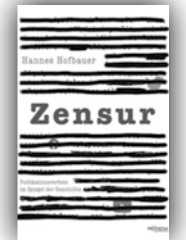
10 Tage, die die Welt erschütterten.

John Reed.
Vorwort: Egon Kisch
Mehring
978-3-88634-0927



Krise als Mittel zur Macht.

Fritz Söllner
Vorwort: Thilo Sarrazin
LMV
978-3-78443-6401



Zensur.

Hannes Hofbauer

Promedia

978-3-85371-497-3

DAS CORONA-UNRECHT UND SEINE TÄTER

Das Corona-Regime zerbricht am Demokratischen Widerstand.

Doch das Regime ist noch immer auf freiem Fuß. Sie haben mitgemacht. Sind zu Tätern geworden. Haben unbescholtene Bürger mit Hass und Gewalt überzogen, sie ihrer Freiheit beraubt. Haben kontrolliert, bedroht, gezwungen und bestraft. Gehetzt, gespalten, entmenschlicht und traumatisiert. Kritiker zu Staatsfeinden erklärt. Politiker, Journalisten, Wissenschaftler und Bosse waren sich nicht zu schade, sich als Totengräber der Demokratie zu betätigen. Marcus Klöckner (auf dem Foto, *Telepolis*) und Jens Wernicke stellen mit ihrem Buch »Möge die gesamte Republik mit dem Finger auf sie zeigen« (Rubikon, München 2022) klar: Der neue Totalitarismus zielte niemals nur auf Ungeimpfte, sondern betreibt die planmäßige Entrechtung und Unterwerfung aller Menschen weltweit. (ale mit Material von *rubikon.news)*





SPORT MIT BERTHOLD

VORFREUDE AUF DIE WM IN KATAR

Ja! Die Menschen freuen sich auf das größte Sportereignis der Welt. Der Fussball steht im Mittelpunkt und alle unerfreulichen Ablenkungen – die ausgerechnet vom Westen beklagten Bauarbeiter, dann die LGBTIQ-Schiene mit 0,03 Prozent der Bevölkerung – treten vier Wochen lang in den Hintergrund. Ich werde live vor Ort sein und meine Sicht an den DW übermitteln!

Schauen wir uns vor Beginn der Fußballweltmeisterschaft in Katar, jener Wüstenhalbinsel im Persischen Golf mit rund zweieinhalb Millionen Einwohnern, die Teilnehmer des sportlichen Turniers an. Es findet aus Sicht der Nordhalbkugel erstmals im Winter statt.

Die Gruppe A mit dem des Gastgebers Katar und Ecuador, die das feierliche Eröffnungsspiel am 20. November 17 Uhr mitteleuropäischer Zeit austragen. Der Gruppensieg wird zwischen den Niederlanden und Senegal ausgespielt, die am selben Tag bereits um 11 Uhr vormittags Anstoß haben.

In der Gruppe B heißt es »*England first*« und der zweite Platz wird ein Duell zwischen den USA und Wales. Der Iran dürfte sportlich ausscheiden.

Gruppe C: Argentinien ist der Favorit auf den Gruppensieg und der zweite Platz ist hart umkämpft, Mexiko oder Polen. Für Saudi-Arabien ist die Qualifikation zum Turnier ein großer und achtbarer Erfolg.

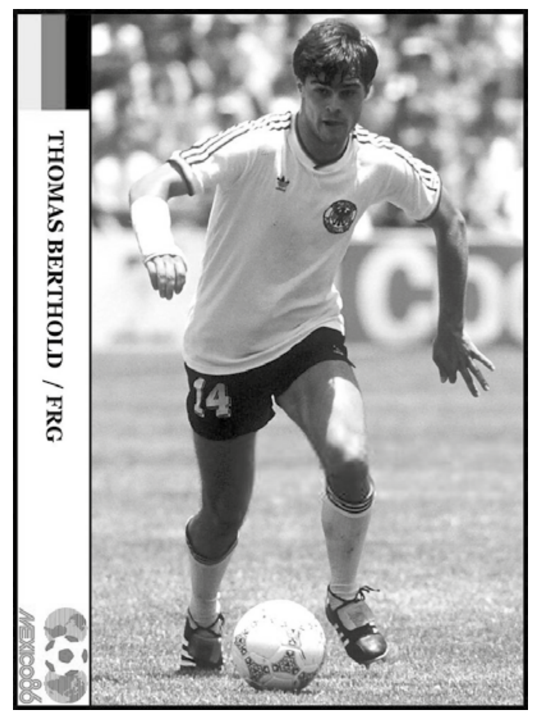
In der Gruppe D wird Frankreich das Rennen machen, Platz 2 ist zwischen Australien, Tunesien und Dänemark völlig offen.

Die Gruppe E mit Spanien und Deutschland. Aber aufpassen, Japan und Costa Rica darf man nicht unterschätzen.

In der Gruppe F dürfte das seit Jahren wiedererstarkte Belgien dominieren, dann spielen Kroatien und Marokko um Platz 2, Kanada wird wohl kaum weiterkommen.

In der Gruppe G wäre alles andere als ein Gruppensieg Brasiliens eine riesige Überraschung. Der Dreikampf zwischen Serbien, der Schweiz und Kamerun um den zweiten Qualifikationsplatz für das Achtelfinale wird spannend. Mein WM-Tipp: Brasilien!

Die Gruppe H ist die ausgeglichenste Gruppe. Südkorea hofft, dass Son Heung-min (Tottenham Hotspur) nach seiner Operation rechtzeitig fit wird, er ist der Schlüsselspieler. Portugal und Uruguay sehe ich auf Augenhöhe. Ghana könnte die große Überraschung sein. Das wird ganz eng.



Sammelbild aus Lateinamerika zur WM 1986 in Mexiko.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

»EINER MUSS DEN FRIEDEN BEGINNEN, WIE DEN KRIEG.« STEFAN ZWEIG

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 111. Ausgabe ab Samstag, 12. November 2022. | Redaktionsschluss war am 10. November | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an Sodenkamp & Lenz, **IBAN DE68 1001 0123 2493 3614 28. BIC/SWIFT: QNTODEB2XXX**.

Chefredakteur: Anselm Lenz. **Stellv. Chefredakteur:** Hendrik Sodenkamp. **CvD:** Burak Erbasi. **Redaktion Krieg & Frieden:** Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Österreichkorrespondenten:** Eric Angerer, Sejla Vie. **Sportchef:** Thomas Berthold. **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort:** Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Wolfgang Greulich, Luca Wagner, Anke Behrend, Clark Kent, Dirk Sattelmaier, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Louise Mary Lenz, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp, Nadja Rogler. **V.i.S.d.P**. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner:** Edition du Seuil, Paris.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Sophia-Maria Antonulas, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

Die kommende Ausgabe DW 111 erscheint am 19. November 2022.